

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 4

21. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 28. Februar 1957

Hl. Schrift

Ein neuartiger Zugang zu den Synoptikern: Die Evangelienharmonien vor zwanzig Jahren und ihre Problematik — Evangelien sind keine Biographien — Heute: Synopse statt Harmonie — Verkündigung mit je besonderen Akzenten — Die Schwierigkeit der Synopse für den Laien — Die neue Konkordanz von Xavier Léon-Dufour: Visuelle Erfassung der Eigenarten und des Gemeinsamen durch Farben und Farbmischungen — Beispiele.

Frankreich

Frankreichs Vitalität: Kurze Skizze der Lage auf militärischem, kulturellem, religiösem Gebiet — Das politische Bild: Die Scheu vor festen Organisationen — Die neuen «Fremdkörper»: die kommunistische Partei — das christliche MRP — Die Kraft einzelner Persönlichkeiten — Mendès-France: sein Wollen und sein Scheitern als Illustration der französischen Schwierigkeiten — Und doch: Frankreichs und Amerikas Verhältnis zu den «Kolonialvölkern».

Schweiz

Der Aufstand in Ungarn und die Krise der PdA: Der von den ungarischen Ereignissen ausgehende Schock — Latente kommunistische Krise wird zur offenen Krise — Die Wucht der öffentlichen Meinung — PdA-Organisationen in der Feuerprobe — «Geschützte» und «ungeschützte» kommunistische Organisationen — Der gebliebene «Kern».

Kultur

Fernsehen, Film und der Staat: 1. Grundsätzliche Fragen: Staat ist nicht Schöpfer der Kultur — auch nicht alleiniger Träger — seine Aufgabe jedoch ist zu koordinieren und zu schützen — Folgerungen — 2. Die heutigen deutschen Verhältnisse.

Geschichte

Sechs Tage, die Polen — und die Welt erschütterten: Zwei Tendenzen in Russland — Titos Einfluss in Polen: selbständige Betriebe, Ochabs Umkehr, Nachricht über Russland — Gomulka-Rokossowski: die Rolle sowjetischer Divisionen in Polen — Rokossowskis Hintermann — Piasecki.

Bücher

Soziale Literatur: Lord Boyd-Orr: «Werden nur die Reichen satt?» — Bodamer Joachim: «Gesundheit und technische Welt»

Ein neuartiger Zugang zu den Synoptikern

Noch vor zwanzig Jahren wurde dem Seminaristen die Benützung einer Evangelienharmonie¹ empfohlen. Man war überzeugt, dass eine Evangelienharmonie der einfachste Weg sei, die Person Jesu Christi kennen zu lernen. Zeichnet sie sich doch durch einen doppelten Vorzug aus. Einerseits bietet sie das Leben Jesu in einer fortlaufenden Erzählung mit festem chronologischem Rahmen, in den die je besonderen Perikopen der Evangelisten an passender Stelle eingefügt sind. Andererseits fallen die Dubletten und Überschneidungen weg, die doch nur der Übersichtlichkeit des Lebens-Ablaufs schaden.

Wer hat sich aber bei der Benützung der Evangelienharmonie nicht die Frage gestellt, warum wir denn eigentlich vier Evangelien haben? In einer rein abstrakten Überlegung liesse sich diese Frage dahin beantworten, dass die vier Evangelisten nicht umeinander wussten, dass jeder ganz unabhängig vom andern schrieb. Diese Antwort kann aber vor den Gegebenheiten des Textes nicht bestehen. Denn man hat schon längst festgestellt, dass Lukas dem Plan des Markus folgt. Perikopen, die er nicht mit Markus gemeinsam hat, sind in zwei Einschaltungen in den Markus-Rahmen untergebracht.

Wenn aber der Vergleich der Synoptiker untereinander ergibt, dass Lukas und der griechische Matthäus den Markus gekannt haben, so ist das Vorgehen der ersten beiden eher

rätselhaft. Denn man fragt sich, warum sie nicht das Evangelium des Markus übernommen und sich damit begnügt haben, Herrenworte und Erzählungen, die noch nicht darin enthalten waren, an passender Stelle einzufügen. Das liesse sich gar nicht erklären, wenn sie das Evangelium des Markus als eine Biographie betrachtet hätten. Denn in diesem Falle wäre der darin vorausgesetzte Ablauf des Geschehens Wiedergabe historischer Verknüpfungen, jede Abweichung davon wäre ein Abweichen von der historischen Wahrheit gewesen.

Ganz anders verhält es sich, wenn in den Augen des Matthäus und Lukas der Markus-Rahmen nicht eine historische Abfolge zum Ausdruck brachte, sondern eine frei gewählte Form literarischer Darstellung war. Dann hatten auch sie das Recht, der von ihnen geplanten Schrift einen Aufbau zugrunde zu legen, der ihrer Absicht am besten entsprach.

In diesen Feststellungen ist gleichzeitig die Erkenntnis enthalten, dass die Evangelien keinen chronologischen Rahmen bieten, dass sie keine Biographie sein wollen. Deshalb ist eine Evangelienharmonie ein sehr merkwürdiges Unterfangen. Aus einem literarischen Rahmen für isolierte Worte und Begebenheiten macht sie einen chronologisch fixierten Lebenslauf. Aus dem Kerygma² wird eine Biographie. Genau so

² Unter Kerygma versteht man jene der Urkirche eigene Form der Predigt, die unseren Evangelien zugrunde liegt. Das urkirchliche Kerygma ist die Verkündigung der Ereignisse um Jesus in einer heilsgeschichtlichen Aus-

¹ Unter Evangelienharmonie versteht man eine aus dem Stoff der vier Evangelien gebildete fortlaufende Erzählung des Lebens Jesu.

merkwürdig ist ihr Verfahren hinsichtlich des Kontextes, in dem die einzelnen Begebenheiten bei jedem der Synoptiker stehen. Er verliert in der Evangelienharmonie ganz seine Funktion, Ausdrucksmittel des Evangelisten zu sein. Er steht nicht mehr im Dienste der Verkündigung in einer konkreten Situation, sondern wird einer vom Text der einzelnen Evangelien nicht beabsichtigten chronologischen und psychologischen Verknüpfung von Ereignissen untergeordnet.

Die hier zusammengefassten Erkenntnisse sind heute Allgemeingut. Aber gerade das lässt deutlich werden, welcher Wandel in den letzten zwanzig Jahren in der Einstellung zur Bibel eingetreten ist. Heute greift niemand mehr nach der Evangelienharmonie, sondern nach der Synopse³. Uns ist wieder bewusst geworden, dass es in den Evangelien nicht um eine Biographie Jesu geht, sondern um die Verkündigung des Christus. Darum fragen wir nach den besonderen Akzenten, die diese Verkündigung beim einzelnen Evangelisten hat. Mit einem besonderen Interesse forschen wir nach dem je eigenen Anliegen gerade bei den Synoptikern, da gerade ihre Ähnlichkeit und Verwandtschaft die Besonderheiten in eine stimulierende Beleuchtung stellt. Die Theologie des Markus, die Theologie des Lukas, die des Matthäus, das sind Fragestellungen, von denen wir uns heute angesprochen fühlen. Wir merken auf, wenn wir Sätze wie etwa den folgenden lesen: «Die Erscheinung Jesu ist für Matthäus die antithetische; für Lukas die evolutionistische Vollendung der Geschichte Gottes mit Israel; für Markus die verborgene Epiphanie des verheissenen Sohnes Gottes in der Welt» (L. Goppelt).

Aber gerade gegenüber einem Satz wie dem zitierten mag uns die Frage kommen: Worauf stützt sich diese Behauptung? Ist sie mehr als eine bloss brillante Formulierung? Eine Überprüfung solcher Sachverhalte ist nur möglich, wenn wir die Synoptiker miteinander vergleichen. Hiefür steht uns die Synopse zur Verfügung. Ein so ideales Arbeitsinstrument sie nun ist, wenn es um den analytischen Vergleich einer einzelnen Perikopé geht, so mühsam wird ihre Handhabung, sobald wir grössere Zusammenhänge erfassen wollen. Sie setzt voraus, dass wir den Aufbau des einzelnen Synoptikers kennen und über ihn als festen Bestandteil unseres Wissens verfügen. Das ist eine Arbeit, der sich der angehende Theologe unterzieht. Aber wie soll der gebildete Laie zu jener Vertrautheit mit den Synoptikern kommen, die allein jene Einsicht in das Christusverständnis des einzelnen Evangelisten vermittelt, die unser persönliches religiöses Leben zu bereichern vermag?

Hier kommt uns nun ein ganz neuartiges Arbeitsinstrument zu Hilfe: «Die Konkordanz der synoptischen Evangelien»⁴. Sie ist wie die sogenannte «Regenbogenbibel» von Paul Haupt aus dem letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts auf der Benutzung der Farbe aufgebaut. Haupt verwendete die verschiedenen Farben für die verschiedenen Quellen, die im Pentateuch verarbeitet sind. Je nachdem ein Satz oder Teil eines Satzes dem Jahwisten oder Elohisten usw. zugehörte, wurde er auf einem Hintergrund von der entsprechenden Farbe gedruckt. In der «Konkordanz der synoptischen Evangelien» geht es um die visuelle Erfassung dessen, was allen drei Synoptikern gemeinsam und was Sondergut von einem oder zweien aus ihnen ist.

Jeder der Synoptiker hat eine eigene Farbe: Matthäus rot, Markus blau, Lukas gelb. Die Farbe kommt in zwei Formen zur Anwendung: in der Form eines länglichen Rechtecks als Spruchband und in der Form von Kreisen. Findet sich nun eine Erzählung oder ein Herrenwort nur bei Matthäus, so ist das Spruchband rot; wird dieselbe Perikope von Matthäus und Markus wiedergegeben, so ergibt die Mischung von rot und blau violett; ist die Perikope allen drei gemeinsam, so ist das

richtung: Im Geschehen mit Jesus haben sich die Prophezeiungen erfüllt; deshalb leitet es eine neue Zeit ein und eine neue Art der Beziehung des Menschen zu Gott.

³ Synopse nennt man jene drucktechnische Ausgabe der drei ersten Evangelien – Matthäus, Markus, Lukas –, die den parallelen Stoff in drei nebeneinander liegenden Spalten bietet.

⁴ Xavier Léon-Dufour S. J.: Concordance des Evangiles Synoptiques, présentée en sept couleurs. Paris-Tournai, Desclée, 1956. Bfrs. 65.—

Spruchband braun. Die Verschiedenheit des Kontextes, in dem dieselbe Perikope sich bei zweien oder allen drei befindet, wird durch einen oder mehrere Kreise von der entsprechenden Farbe angezeigt.

Jeder Synoptiker verfügt über eine Faltafel, die aus fünf oder sechs Tafeln besteht. Auf jeder der drei Faltafeln wird je ein Synoptiker Kapitel für Kapitel mit suggestiven Titeln für die kleinsten Einheiten dargestellt. Da die Kapitelseinteilungen, die am linken Rand der Tafel angegeben sind, bei den Synoptikern nicht übereinstimmen, enthält der rechte Rand eine fortlaufende Numerierung, mit deren Hilfe die Parallele bei einem oder bei beiden andern ohne Mühe gefunden werden kann.

Dieser technische Aspekt der Darstellung mag im analytischen Wort, ohne die Veranschaulichung eines Exemplars der «Konkordanz», etwas kompliziert erscheinen. Deshalb soll an einem ganz zufällig gewählten Beispiel aus unserer ersten Handhabung dieser «Konkordanz» gezeigt werden, was sie zu bieten vermag.

Beim Blättern blieb mein Blick zufällig an dem Titel «Der Pharisäer und der Zöllner» (Lk. 18,9–14) haften. Dieser Titel findet sich zuunterst auf einer Tafel, die, ebenso wie die links anliegende Tafel, auffallend viel Gelb aufweist. Hiedurch werde ich daran erinnert, dass ich mich mit dem Gleichnis vom Pharisäer und Zöllner im lukanischen Sondergut, dem sogenannten Reisebericht, befinde, was auch noch durch ein Siegel oben auf der Tafel vermerkt ist. Des weitern fällt mir auf, dass die beiden Tafeln des Reiseberichtes mehr Orange aufweisen als Braun, was besagt, dass innerhalb des lukanischen Sondergutes mehr Perikopen eine Parallele haben bei Matthäus allein als bei Matthäus und Markus. Das Spruchband selbst, auf dem der Titel «Der Pharisäer und der Zöllner» steht, ist von ungemischtem Gelb. Dieses Gleichnis findet sich also nur bei Lukas. Doch bemerke ich am Ende des Spruchbandes am unteren Rand einen roten Strich und am oberen Rand einen orangenen. Der rote Strich weist auf Matthäus, der demnach eine Dublette zu diesem Gleichnis haben muss. Unter den Kreisen, die neben dem Spruchband liegen und über den Kontext Aufschluss geben, befindet sich ein roter mit der Nummer 117d. Ich sehe nach und finde diese Nummer bei Matthäus 18,3 mit dem Spruchband: «Man muss wieder ein Kind werden». Da dieser Titel mir nicht genügt, um mich an die Situation zu erinnern, in der dieses Wort Jesu gesprochen wurde, lenke ich den Blick auf das unmittelbar darüber liegende Spruchband, das lautet: «Jesus rief ein Kind herbei». Da das Spruchband und der nebenan liegende Kreis braun sind, weiss ich, dass es sich hier um eine Situation handelt, von der alle drei Synoptiker berichten. Aber kehren wir zum gelben Spruchband mit dem Titel «Der Pharisäer und der Zöllner» zurück. Der orangene Strich am oberen Rand sagt mir, dass dieses Gleichnis noch eine Dublette bei Lukas hat, die sich ebenfalls bei Matthäus findet. Mit Hilfe der Nummern am Rand bin ich auf Lk. 14,7–11 verwiesen: «Wer sich selbst erniedrigt, wird erhöht werden», und auf Mt. 23,12: «Wer sich selbst erhöht, wird erniedrigt werden». Unmittelbar vor dem Titel «Der Pharisäer und der Zöllner» findet sich auf dem gelben Spruchband noch ein kleines Viereck, das besagt: «Jene, zu denen dieses Gleichnis gesprochen wird, sind Feinde Jesu.»

Dieses Beispiel zeigt, wie anregend die Benützung der «Konkordanz der synoptischen Evangelien» ist. Sie kann das persönliche Betrachten wie die Vorbereitung auf die Predigt erleichtern. Ein müheloses Schauen verschafft die Freude persönlicher Entdeckungen. Selbstverständlich ist diese «Konkordanz» auch eine Hilfe, das besondere Gepräge des einzelnen Synoptikers zu erfassen, den Leitgedanken des jeweiligen Verfassers nachzuspüren. Greifen wir einige Beispiele heraus.

Beim Durchgehen der Passionsgeschichte nach Lukas fiel mir auf, dass die Erklärung des Pilatus, Jesus sei unschuldig, Sondergut des Lukas ist. Unmittelbar voraus geht das Spruchband: «Jesus vor Herodes», das ebenfalls ungemischtes Gelb ist. Allein die Farbe suggeriert mir also die Frage, ob denn Lukas in besonderer Weise am Staat oder an der staatlichen Autorität interessiert sei. Liegt hier vielleicht der Grund, warum Lukas das Auftreten des Täufers mit Angabe aller der Fürsten Palästinas zeitgeschichtlich situiert? Zudem verweist eine Nummer am rechten Rand auf Lk. 9,9, wonach Lukas allein vom Wunsche des Herodes, Jesus zu sehen, spricht. Weist das nicht auch auf ein besonderes Interesse des Lukas an Herodes hin? Bin ich einmal auf diese Möglichkeit aufmerksam geworden, so kann ich alle ungemischt gelben Spruchbänder durchgehen, wobei ich auf Lk. 13,32 stosse: auch das Wort Jesu über He-

rodes, «diesen Fuchs», ist lukanisches Sondergut. Anstatt die gelben Spruchbänder zu durchgehen, könnte ich in diesem Falle auch eine Wortkonkordanz unter dem Stichwort «Herodes» aufschlagen. Der Rückgriff auf die «Konkordanz der synoptischen Evangelien» würde dann sofort zeigen, dass Lk. 13, 32 Sondergut ist.

Zu analogen Nachforschungen wird man angeregt, wenn man z. B. sieht, dass Lk. 12, 13–21 über die Erbstreitigkeit und den törichten Reichen Sondergut ist. Zeugt das von der Absicht des Lukas, die negative Beziehung zwischen Geld und Reich Gottes zu unterstreichen?

Oder wenn man etwa bei G. W. H. Lampe liest, die Perikope über Jesu Auftreten in Nazareth sei eine synthetische Vorwegnahme des ganzen Evangeliums, so zeigt ein einziger Blick auf die «Konkordanz der synoptischen Evangelien», dass nur

Lukas die Perikope an dieser Stelle hat und dass die beiden andern Synoptiker nur ein kleines Bruchstück einer parallelen Erzählung haben. Damit ist schon geklärt, dass die Ansicht von Lampe einen Anhaltspunkt im Text hat und nicht reine Phantasie ist.

Man kann sich nur wundern, auf welchem leichten Wege die Benützung der «Konkordanz der Synoptiker» zu einem erstaunlichen Reichtum an Anregungen und Einsichten führt. So ahnt man, wie diese Publikation in der praktischen Erprobung der verschiedenen Stadien ihrer Ausarbeitung all die Erfahrungen ausgewertet hat, die sich aus der Seminararbeit mit den Theologiestudenten ergaben.

Wir sind überzeugt, dass, wer die «Konkordanz der synoptischen Evangelien» nur einmal während einer Stunde benützt hat, sie nicht mehr missen will. M. Brändle

Französische Vitalität

Vergegenwärtigen wir uns folgendes: Innerhalb von 20 Jahren braust über Frankreich zweimal die Kriegsfurie. Nach zwei der grausamsten Weltkriege fängt der Krieg in Indochina an, der Jahre dauert. Ihm folgen die kriegerischen Aufstände in Marokko und Tunis, die dann von den noch andauernden Terrorakten und der ihnen folgenden Pazifikation in Algerien abgelöst wurden. Wir urteilen nicht; wir fragen nicht, ob dies oder jenes hätte vermieden oder abgekürzt werden können; wir stellen lediglich Tatsachen fest. Zu ihnen gehören die Folgen: der Verlust von Millionen von Menschenleben im besten Alter; Trümmerfelder von nie gesehenem Ausmass; Auspowerung der Menschen an Geld und Gut, der Industrien an Maschinen und Rohmaterial und die Vernichtung einer jahrhundertalten militärischen Weltmacht ersten Ranges.

In diesen 42 Jahren, d. h. in dem Zeitraum eines mittleren Mannesalters, waren gleichzeitig und auf allen Gebieten Persönlichkeiten ersten Ranges tätig, deren Name Weltruf erhielt und allseits grösste Bewunderung hervorrief. Ich nenne nur einige: Auf militärischem Gebiet ein Joffre, Foch, Pétain, Weygand, Leclerc, de Lattre, Juin. Auf staatspolitischem: Clemenceau, Briand, Herriot, Léon Blum, Paul Reynaud, de Gaulle. Auf kulturellem und wissenschaftlichem: Charles Péguy, Léon Bloy, Maritain, Bernanos, Claudel, Mauriac, Gide, Blondel, Marie Curie. Auf religiösem Gebiet: ein Episkopat, wie es in seiner organisatorisch geschlossenen, aufgeklärten, sozial fortschrittlichen Art und seiner inneren wie äusseren Missionstätigkeit Frankreich schon sehr lange nicht mehr gekannt hat; eine katholische Aktion der Laien, wie sie mit diesem Eifer noch niemals tätig war; eine in den verschiedensten Verbänden vereinigte Jugend, z. B. die Jocisten, wie sie mit solchem Ernst und solcher Hingebung fast ohne Beispiel war. Soll man dem noch hinzufügen, dass Frankreich trotz – oder vielleicht wegen – aller Riesenverluste heute der Staat ist, dessen Sozialfürsorge die umfangreichste – und schwerste – aller europäischen Staaten ist?

*

Politisch liegen die Dinge komplizierter. Gewiss: auch hier kamen die neuen Ideen, vor allem diejenigen, die sich um den Begriff «Europa» gruppieren, von Frankreich. Sie wurden zu Brücken, über die man versuchte, zu einem neuen, gegenseitigen Verständnis der bisher grössten Gegner, Frankreich und Deutschland, zu kommen. Anders lag es mit der Ausführung dieser Ideen. Die parlamentarische Lage, der ständige Wechsel der Regierungen (rund 20 innerhalb der Nachkriegszeit) wurden zu grossen Unsicherheitsfaktoren. Es ist nur bedingt richtig, sie auf die zweifellos sehr korrekturbedürftige Verfassung zu schieben. Auch vor den Kriegen waren diese Unsicherheitsfaktoren eine Eigentümlichkeit des französischen parlamentarischen Wesens. Was Frankreich nicht hinderte, sich nach der

Niederlage von 1871 mit einer erstaunlichen Schnelligkeit wieder zu erheben, ein Weltreich zu gründen und den mächtigen Heeren eines um 20 Millionen Menschen zahlreicheren Deutschlands jahrelang fast allein zu widerstehen. Das französische Parlament war stets der Ausdruck eines individualistischen Volkes, dem jedes Organisieren verhasst war. Selbst seine Parteien blieben klein, obwohl sie Millionen Wähler hinter sich hatten. Die grösste und bestorganisierteste, die kommunistische, zählt heute kaum mehr als 350 000 Mitglieder. Auch die Gewerkschaften zersplittern sich in ein halbes Dutzend, wobei die erhebliche Anzahl der nichtorganisierten Arbeiter nicht gerechnet ist.

Aber gerade diese Scheu vor festen Organisationen, die die persönliche Freiheit einschränken könnten, verfälschte in der Nachkriegszeit das politische und parlamentarische Leben. Wurde doch durch die kommunistische Partei mit ihrer völligen Abhängigkeit und Unterstützung von Moskau und ihrer scharfen, zentralistischen Organisation, die dem diktatorischen Willen des Parteiapparates unterworfen ist, ein Fremdkörper in das politische Leben eingeführt. Keine andere politische Partei (die ihr verwandte sozialistische Partei nicht ausgenommen) wollte mit ihr etwas zu tun haben. Was indes nicht hinderte, dass sie im Parlament durch die Stimmen ihrer grössten Abgeordnetenzahl, die 25% der Gesamtwählerschaft hinter sich hatte, einen wesentlichen Einfluss ausüben konnte.

Aber auch eine zweite grosse Partei wirkte als Fremdkörper im parlamentarischen Leben der Nachkriegszeit: das christliche MRP. Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend: erstens, weil am Anfang die Wähler in ihr die Partei des Befreiers von Frankreich, General de Gaulles, sahen und sie sich selbst ihm gegenüber die «Partei der Treue» nannte. Zweitens, weil sie eine ausgesprochen christliche, um nicht zu sagen katholische, Partei sein wollte, also ein vollständiges Novum in den verschiedenen, laizistischen Republiken Frankreichs. Das erste zeigte sich bald als ein Irrtum; die Treue schlug beinahe in ihr Gegenteil um, wobei ich auf die verschiedenen Gründe nicht eingehe. Sicher ist lediglich, dass dadurch die Partei eine nicht unerhebliche Anzahl von Wählern und Abgeordneten verlor und fast um ein Drittel kleiner wurde. Ihr christliches Moment, aber auch der verhältnismässig grosse Teil von jungen, frischen und an das parlamentarische Leben noch nicht gewöhnten Abgeordneten brachten sie nun in eine nur ihr eigene Stellung: sozial tendierte sie auf Grund derselben nach «links», das heisst zu den laizistischen Parteien, die überall die «klerikale Politik» witterten, während ihr christlicher Charakter sie beinahe zu den Rechtsparteien zwang, die gegen den Laizismus waren und deren Fundament zu einem Teil noch auf den alten Grundmauern von «Thron und Altar» ruhte. Woraus sich folgendes Bild ergab: Eine parlamentarische Linksmehrheit war durch die Kommunisten blockiert; eine Rechtsmehrheit durch die Anzahl der individualistischen oder Interessenparteien, die nicht unter einen Hut zu bringen waren. Durch diese Lage wurde das MRP gezwungen, entweder ständige Regierungspartei einer einmal nach links, einmal nach rechts tendierenden Zentrumsregierung zu sein, oder (wie jetzt) eine Minderheitsregierung auch dann zu unterstützen, wenn sie selbst nicht in der Regierung sass. Denn ohne das MRP war überhaupt keine Regierungsmehrheit zu erhalten. Dass eine solche Stellung auf die Doktrin irgendeiner Partei nicht vorteilhaft wirken kann, versteht sich von selbst. Denn obwohl das MRP für eine Regierungsmehrheit unerlässlich war, war

es doch wiederum zu schwach, seiner Doktrin genügende Geltung zu verschaffen, sobald das Land vor lebenswichtigen, nationalen Problemen stand. Dies wird sofort erklärlich, wenn man berücksichtigt, dass es im Parlament auf jeden Fall eine grosse, laizistische Linksmehrheit gibt, die sich drohend erhebt und das vom MRP erkämpfte Barrangé-Gesetz (staatliche Unterstützung christlicher Schulen) zu Fall zu bringen sucht, sobald das MRP den Bogen zu straff anspannt. So erlebt man das Schauspiel, dass zwar mit dem MRP Frankreich wieder eine grosse, christlich fundierte Partei hat, aber deren Wähler bei jeder Wahl abnehmen (sie hat heute nur noch 11,3% aller Wählerstimmen) und wichtige, tiefgläubige Abgeordnete oder Persönlichkeiten aus ihr austraten, weil sie ihre Doktrin «verraten» habe. (Ein Abbé Pierre war auch ihr Abgeordneter und ein François Mauriac einer ihrer Propagandisten.) Abgesehen davon, erwarteten viele Christen, dass die Partei gegen gewisse, unentschuld bare Vorgänge in Marokko oder jetzt in der Algerienaffäre protestieren würde, und mussten enttäuscht feststellen, dass man schwieg. Für sie wirkte es beinahe wie eine Erlösung, dass dagegen die Kirche in der unzweideutigsten Weise die christliche Stimme vor diesen Vorgängen erhob und mit ihr manche bedeutende Christen, die der Partei den Rücken gekehrt hatten.

*

Das Eigentümliche in Frankreich ist nun, dass es nie an einer scharfen geistigen Opposition fehlt und damit an einzelnen Persönlichkeiten, die fast allein eine tiefe Wandlung in festgefahrene oder anscheinend hoffnungslose Situationen bringen. Aus welchem Lager, aus welcher Partei solche Persönlichkeiten kommen, ist dabei völlig gleichgültig. In dem Augenblick, wo eine solche auf die Plattform springt, ist sie von der Situation nicht zu trennen. Und meistens handelt es sich da um Männer, die keineswegs beliebt, ja oft glühend gehasst werden, oder die einer breiteren Öffentlichkeit völlig unbekannt sind. Was sie nicht hindert, eine totale Wandlung in den Ereignissen herbeizuführen und als Sieger über die Parlamente und die öffentliche Meinung ihr Werk zu vollenden. So ein Zola in der Dreyfusaffäre, so ein Clemenceau im Ersten Weltkrieg, so ein General de Gaulle nach dem Waffenstillstand von Vichy mit Hitler, so ein Mendès-France im Indochinakrieg. Keiner von allen war beliebt, manche kaum gekannt, und doch waren sie es, die den Dingen eine entscheidende Wendung gaben und die Nation hinter sich brachten.

Der einzige von ihnen, der eine teilweise Niederlage erlitt, war Mendès-France. Warum? Die Antwort ist wichtig, um die Tiefe der Krise zu verstehen, durch die Frankreich heute geht. Seit langem war Mendès-France wegen seiner ausserordentlichen Intelligenz, einer nicht aufzuhaltenden Arbeitsenergie und seinen von jedem Fachmann in der Welt anerkannten umfassenden finanziellen und wirtschaftlichen Kenntnissen einem verhältnismässig sehr kleinen Kreis bekannt. Aber während acht Jahren lehnte er stets ihm von seiner radikalsozialistischen Partei angebotene Ministerposten ab. Er hielt die Politik der verschiedenen Regierungen nicht für richtig. Als indes der Indochinakrieg für Frankreich zu einer Katastrophe wurde und er die zu vorsichtigen, langsamen Unterhandlungen in Genf des früheren Aussenministers Georges Bidault für überholt hielt, riss er diese Verhandlungen mit einer bis zur Brutalität gehenden Energie an sich und beendete den Krieg in der bekannten Weise. Kurz danach erstreckte er den Terrorismus in Tunis durch Unterhandlungen und feste Abmachungen mit den dort massgebenden Gegnern und zwar im vollen Einverständnis mit einer für Nordafrika massgebenden Persönlichkeit: dem Marschall Juin. Dagegen glaubte er die Ratifizierung des europäischen Verteidigungspaktes nicht forcieren zu können. Gegen ihn waren massgebende militärische Persönlichkeiten und im Parlament spaltete das Für und das Dagegen fast jede Partei. Es schien ihm nicht im nationalen Interesse zu sein, einen solchen entscheidenden Vertrag nur mit einer verhältnismässig kleinen Mehrheit ratifizieren zu lassen. Abgesehen davon wollte er persönlich England verpflichten in irgendeiner Form daran teilzunehmen, um innerhalb der europäischen Gruppen ein grösseres Gleichgewicht herzustellen. Durch diese seine Haltung hatte er dem MRP zum zweitenmal das Heft aus der Hand gerissen, was natürlich nicht dazu angetan war, dieses für ihn günstig zu stimmen. Daran änderten die dann von ihm mit England und den anderen Mächten abgeschlossenen Pariser Verträge auch nichts.

Aber abgesehen davon: er sah das politische Hauptübel von Frankreich in der kommunistischen Partei und damit in der Unmöglichkeit, eine französische Linke herzustellen. Diese schien ihm um so dringender zu sein, als auf der Rechten die Tendenzen einer engeren, organisierten Zusammenfassung der verschiedenen Parteien Gestalt anzunehmen begannen. Wie manche intelligente Franzosen sehr durch das englische Zweiparteien-System und dessen die Regierung sichernde Arbeitsmöglichkeit beeindruckt, schwebt ihm für Frankreich (wenn auch in anderer Form) ein gleiches vor. Das heisst eine Regierung, die einige Jahre in Ruhe arbeiten

kann und die, wenn das Volk nicht mit ihr zufrieden ist, ohne grosse Erschütterung von der Opposition übernommen wird.

Ein zweites Problem trat zu diesem: die Jugend! Von Auswüchsen abgesehen, die ja überall Nachkriegerscheinungen sind, ist sie nicht schlechter als die Jugend der vorhergehenden Generationen; im Gegenteil eher besser. Sowie sie an eine Aufgabe gesetzt wird, die ihrem Idealismus, ihrer Tatkraft und ihrem Willen entspricht, erweist sich dies immer aufs neue. Namentlich in den sozial arbeitenden Jugendorganisationen: welche Hingebung, welcher Eifer, welche (sagen wir ruhig) Aufopferung! Aber diese Jugend sieht kein vaterländisches, kein nationales Ziel mehr! Nicht nur die vermeintliche, sondern die wirkliche Grösse der Nation scheint ihr dahin. Es fehlt ihr jede ligne de conduite in eine Zukunft, die wert ist, erobert zu werden. Das Spiel der Parteien, ihre Zersplitterung in alle möglichen besonderen Interessen, die Presse mit ihren «dirigierten» Nachrichten und den verzerrten Exposés über die Parlamentsreden, in denen der Gegner, wenn überhaupt, nur mit seinem «nein», aber nicht mit seiner Begründung zu Worte kommt – dies alles und noch manches mehr ist nicht dazu angetan, die Jugend zu begeistern. Und hier war es Mendès-France, der sich immer wieder im Radio, in Konferenzen, in Aufrufen an die Jugend wendete und versuchte, ihr die Probleme aufzuzeigen und ihr selbst ein Ziel zu geben. Er wollte mit ihr die radikalsozialistische Partei erneuern (zehntausende neue Mitglieder strömten ihr zu), den Kommunisten, die ja Millionen nichtkommunistischer Wähler an sich zogen, einen Teil derselben streitig machen und so mit einer disziplinierten Partei und in Verbindung mit anderen Linksparteien und Gruppen eine Linke schaffen, die ein Gegengewicht zu einer sich bildenden, gemeinsamen Rechten werden konnte.

Ob er dies falsch oder richtig machte, ob seine Taktik geschickt oder ungeschickt war, ist hier nebensächlich. Wesentlich ist lediglich, dass die innenpolitischen und aussenpolitischen Umstände, die Algerienaffäre, deren Lösung er ganz anders ansah als die jetzige Regierung, der neuerstandene Nationalismus weiter Kreise, die Tatsache, dass über eine Million junger Menschen unter Waffen standen und schliesslich die parteipolitischen und persönlichen Gegner, die er sich durch seine Tätigkeit schuf (wobei eine Prise Antisemitismus mitspielte), ihn zu einer Niederlage führen mussten. Wenn ich näher auf Mendès-France einging, so nicht, um ihn zu verteidigen, sondern weil durch die Skizzierung seines Wollens die komplexen Probleme des heutigen Frankreich in aller Schärfe sichtbar werden. Sie aber muss man kennen, um über Frankreich und die mit ihm zusammenhängenden aussenpolitischen Probleme Urteile zu fällen.

*

Von hier aus gesehen scheint alles ziemlich düster zu liegen, und in der Tat wird Frankreich noch schweren Tagen entgegengehen. Allein schon die Folgen, die sich rein materiell und finanziell im Budget und in der Wirtschaft bemerkbar machen werden, sind keineswegs gering zu schätzen.

Und doch! Und doch! Die französische Vitalität ist vor allem geistiger Natur, und diese ist wiederum durch eine tiefe und teilweise religiöse Erfahrung und Menschenkenntnis begründet. Zwei Beispiele aus jüngster Zeit: Man kritisierte namentlich ausserhalb Frankreichs die massiven Truppenmassen, die nach Algerien gesandt wurden. Über eine halbe Million junger Menschen sollten dort unter der Führung ihrer Generale und Offiziere «pazifizieren». Schärfste Gegner dieser einseitigen Art des Vorgehens wurden miteingezogen. Aber nicht die Regierung (was sich in der Lage von selbst versteht), sondern vor allem diese Gegner ihrer Politik waren es, die das Vorgehen der Truppen immer wieder rühmten, wobei natürlich auch hier keine Regel ohne Ausnahmen war. Von zurückkommenden Soldaten und Offizieren haben wir selbst die Bestätigung dessen erhalten, um was es ihnen ging. Sowie diese jungen Menschen von Offizieren geführt wurden, die ihren Beruf richtig und menschlich verstanden, und die vor allem Land und Volk kannten, sprach nur im äussersten Notfall die Waffe, sonst aber der Mensch zum Menschen. Es wurde eine wahrhafte Erziehung vorgenommen, ein Werben um Verständnis. Aber nicht nur einseitig. So jener höhere Offizier, der die europäischen Notabeln seines ihm unterstellten Bezirkes zusammenrief und ihnen sagte: «Wir haben euch beschützt; wir haben dafür gesorgt, dass ihr eure Ernten ruhig einbringen konntet; wir haben alles getan, um euch in eurer Arbeit Ruhe und Sicherheit zu verschaffen. Was aber habt ihr getan? Habt ihr die Zeit benutzt, um euch mit der mohammedanischen Bevölkerung auszusprechen und zu versöhnen? Denn das scheint mir doch die Pazifikation zu sein! Oder glaubt ihr, wir bleiben eine Ewigkeit

hier?» Auf diese menschliche aber bestimmte Art hat der Franzose immer wieder seinen Erfolg, wobei betont werden muss, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt. Die Gegenterrorakte wurden selten von Militärs gemacht, wenn man von ganz besonders gelagerten Fällen absieht. Ein Offizier, der zu den schärfsten Gegnern der offiziellen Algerienpolitik zählt und ein grosser Freund von Mendès-France ist, schrieb aus denselben Erfahrungen heraus, dass er voller Bewunderung für die Haltung der Armee sei.

Ein anderes Beispiel: In der Nationalversammlung wurden kürzlich die Neuordnungen diskutiert, die Frankreich in Schwarzafrika und auf Madagaskar vornimmt und durch die 12 Gebiete eine halbe Autonomie erhalten, die dann nach und nach ausgebaut und vergrössert werden soll. Der die Versammlung leitende Vizepräsident, Modibo Keita, war ein Schwarzer; auf der Ministerbank sass der Minister für Übersee, Defferre, mit seinem Staatssekretär und Minister, Houphouët-Bogny, ein Schwarzer der Elfenbeinküste. Die zirka zwei Dutzend Farbigen, die hauptsächlich an der Debatte teilnahmen, haben selbstverständlich die gleichen Rechte wie ihre «weissen» Kollegen. Auf der Bank der Kommission für Übersee sass deren Vizepräsident, Said Mohamed Cheikh, der im übrigen die Ankläger Frankreichs in New York zu mehr Zurückhaltung einlud. Welche Kolonialmacht lässt die von ihr Kolonisierten so in der Nationalversammlung mitarbeiten? Es soll sogar antikolonistische Grossmächte geben, wo es den Farbigen verboten ist, dieselben Tramways zu nehmen oder die gleichen Restaurants zu besuchen oder ihre Kinder in die gleiche Schule zu senden, die aber nichtsdestoweniger Frankreich auf das schärfste anklagen.

Ein schwarzer Deputierter vom Tschad sagte, dass die Autonomie der afrikanischen Gebiete gewiss in unserer Epoche eingeschrieben sei. Aber «die Chance Frankreichs besteht darin, dass die verantwortlichen politischen Chefs Afrikas die Autonomie ihrer Länder nicht ausserhalb Frankreichs sehen. Afrika weiss, dass es in Frankreich das beste Verständnis

findet; Frankreich weiss, dass es in Afrika seinen besten Wurf machen wird. Man muss die Wahrheiten in Erinnerung rufen, denn zu zahlreich sind diejenigen, die ausserhalb der Kontrollen der Geographie, der Geschichte und des Herzens aufbauen wollen.»

Ich weiss nicht, ob in anderen Ländern von Kolonisten solche Stimmen hörbar werden; ich weiss lediglich, dass z. B. in Indochina, das nun wirklich keinen Grund zu haben scheint, Frankreich besonders in sein Herz zu schliessen, der französische Einfluss überall dort, wo er nicht direkt den nationalen Willen bedroht, ganz besonders also auf kulturellem Gebiet, wieder mächtig im Steigen ist, und dass es nicht der amerikanische Dollar ist, der dort siegte. So sehr auch Frankreich seine Interessen zu verteidigen sucht, so sehr liegt selbst in ihnen bzw. in ihrer Verteidigung so viel geistiges Gut, dass der Partner immer davon profitiert. Sicher ist, dass gerade diese unentwickelten Völker instinktiv immer mehr begreifen, dass die von ihnen gewünschte Unabhängigkeit und die Freiheit nicht dasselbe sind. Die Art, wie man in der UNO diesen Völkern versucht Hilfe zu bringen, wird nur den «Erfolg» haben, den Professor Paul Rivet in die Worte kleidete: «So entsteht innerhalb dieser dem Frieden dienenden Organe ein vergiftetes Klima der demagogischen Konkurrenz und der Erpressung. Der Plan General Eisenhowers wird diese Situation nur noch ernster machen. Das Schicksal der Welt kann nicht in der Atmosphäre der Versteigerung und des Überbietens geregelt werden. Man muss in dieser Institution den Sinn der Werte wieder herstellen und sie nicht unter dem Vorwand der Demokratie und einer blinden Gleichheit der Rechte durch eine demagogische Konfusion überwuchern lassen.»

H. Schwann

Der Aufstand in Ungarn und die Krise der PdA

Der ungarische Aufstand vom 23. Oktober 1956 an hat nicht nur machtvoll den Willen zur Freiheit des ungarischen Volkes in seiner Gesamtheit in Stadt und Land, von Jung und Alt, von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen bekundet. In ihm ist eine freiheitliche Gärung im ganzen Ostblock erkennbar geworden. Die westliche Welt empfand diesen Willen zur Freiheit zutiefst mit. Um so grösser war die Enttäuschung, die Erbitterung und der Protest, als der ungarische Freiheits- und Unabhängigkeitswille von der Sowjetregierung mit brutaler militärischer Macht in einem ungeheuren Panzereinsatz der Roten Armee buchstäblich niedergewalzt wurde. Das ungarische Volk hat seinen Freiheitskampf noch nicht aufgegeben. Deswegen ist im Westen auch bis heute weder die Sympathie mit dem nach Freiheit verlangenden ungarischen Volk noch die Misstimmung gegen die Machthaber im Kreml abgeklungen. In der Schweiz beschloss noch am 1. Februar 1957 der Zuger Kantonsrat, dem Bundesrat von seiner Unterstützung einer im Kanton eingereichten Petition betreffend Abbruch der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland offiziell Mitteilung zu machen. Der Kantonsrat beauftragte die Zuger Regierung, in einem Appell an die zugerische Öffentlichkeit, an die privaten Körperschaften, Unternehmungen und Einzelpersonen zu gelangen zur Einstellung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Oststaaten.

Der ungarische Aufstand gilt in der schweizerischen Öffentlichkeit noch nicht als eine «erledigte» Sache. Weite Kreise sind der Meinung, dass die Politiker des Westens immer noch in der Lage wären, durch mutige Anprangerung des barbarischen Vorgehens der Sowjets in Ungarn den Kreml zum Einlenken zu zwingen und durch Einsatz moralischer Machtmittel die vollständige Zermalmung der ungarischen Freiheitsbewegung aufzuhalten. Aber der erste Schock ist vorüber und für die Auswirkung der Ereignisse in Ungarn auf die Kreise um die kommunistische «Partei der Arbeit der Schweiz» war dieser erste Schock vor allem massgebend. Es mag in den Reihen

der schweizerischen Kommunisten auch heute noch weiter kriseln, die Hauptkrise ist, wie die Parteipresse schliessen lässt, vorbei. Es ist deswegen heute möglich, sich ein Bild von der Auswirkung der Erschütterung auf die PdA zu machen.

Die Krisenfaktoren und ihre Wirkung

In einem «Was nun?» betitelten Artikel im «Vorwärts» vom 17. November 1956 nennt Edgar Woog, der Generalsekretär der PdA, als Ursache der Beunruhigung erstens den Geheimbericht Chruschtschews, zweitens die Ereignisse in Polen, drittens die Ereignisse in Ungarn und viertens «die zügellose, von allen Seiten losgelassene und von pogromartigen Ausschreitungen begleitete Hetze gegen die Partei der Arbeit».

Öffentliche Meinung

Man wird die Macht der öffentlichen Meinung als Hauptstörungsfaktor bezeichnen müssen. Als die Panzertruppen der Roten Armee am 4. November 1956 mit der brutalen Niederwalzung des ungarischen Volkes begannen, erhob sich bei uns eine Grundwelle der Empörung gegen die ruchlosen sowjetischen Unterdrücker und insbesondere gegen die moskauhörige PdA.

Es kam zu pausenlosen Kundgebungen der Entrüstung und des Abscheus, von denen nur die wichtigsten Arten genannt werden können:

- Antisowjetische Studentendemonstrationen und Grosskundgebungen von Parteien und vaterländischen Organisationen. Petitionen an den Bundesrat, die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion abzubrechen. Appelle, mit der Sowjetunion keinerlei wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle, sportliche und andere Beziehungen mehr zu unterhalten oder aufzunehmen.
- Demonstrationen vor Räumlichkeiten der PdA, wie vor den Parteisekretariaten in Zürich und Basel-Stadt, vor der Geschäftsstelle der Genossenschaft Literaturvertrieb in Zürich und vor der Druckerei der «Voix Ouvrière» und des «Vorwärts» in Genf. Demonstrationen gegen

PdA-Führer in Basel-Stadt, Zürich, Thalwil, Le Locle usw., einzelne Funktionäre suchten um polizeilichen Schutz nach. Sperrung von Versammlungsorten für die PdA in Zürich und Basel und der Unterkunftsmöglichkeiten für die PdA-Nationalräte in Bern. Sistierung der Inserate für den «Vorwärts».

- Manifestationen gegen die PdA in Kantonal- und Gemeindeparlamenten, insbesondere in Basel-Stadt, Zürich, Genf, Waadt und Neuenburg. Ständesinitiative des Urner Landrates für das Verbot der PdA. Interpellation Friedrich Schneider bezüglich seines Anzuges vom 5. Juni 1952 im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, wonach Mitglieder der PdA, ihrer Nebenorganisationen und sonstiger unter ihrem Einfluss stehender Vereinigungen nicht Beamte, Angestellte und Arbeiter des Kantons Basel-Stadt sein können.

- Postkartenaktion der Jungfreisinnigen in Zürich für Entfernung sämtlicher Mitglieder der PdA aus allen öffentlichen Diensten. Aktionen der «Aktion freier Staatsbürger», wie Austrittsaufforderung an die Mitglieder der «Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion», und Appell an den Allgemeinen Consumverein Basel, die PdA-Vertretung aus dem Genossenschafts- und Verwaltungsrat des ACV zu entfernen.

- Resolutionen und Erklärungen gegen die PdA seitens des Touristenvereins «Die Naturfreunde», des Schweizerischen Arbeiter-, Turn- und Sportverbandes «Satus», der Freizeitaktion Basel-Stadt, der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt und der freien Gewerkschaften (Sektion Zürich, Sektion Basel-Stadt und Post- und Zollpersonal Genf des Verbandes Öffentlicher Dienste; Sektion Basel-Stadt des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes; Schweizerischer Textil- und Fabrikarbeiterverband; Schweizerischer Eisenbahnerverband).

- Dazu noch eine sehr heftige allgemeine Pressekampagne.

Im oben erwähnten Artikel des «Vorwärts» vom 17. November schreibt E. Woog, unter dem Druck der öffentlichen Empörung hätten «einige Sektionen» der PdA ihre Organisationen aufgelöst und «zahlreiche Mitglieder» seien aus der PdA ausgetreten. Dann beschwört er die Parteianhänger: «Sollte eine Partei, die so von der Reaktion und von den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse angegriffen, verunglimpft und verfolgt wird, nicht eher verteidigt als verlassen werden? ... Jetzt muss man die Partei nicht verlassen, sondern sie verteidigen. Das gilt auch für die Genossen, die ihrer Existenz wegen aus der Partei austreten müssen. Auch sie können an ihrem Arbeitsplatz, im Kreise ihrer Freunde und Kollegen weiter wirken, die Tatsachen aufzeigen, das Lügengewebe der bürgerlichen Presse zerreißen und die von der Reaktion verpestete Atmosphäre reinigen.»

Innerparteiliche Diskussion

Im Zusammenhang mit dem heutigen Freiheitskampf des ungarischen Volkes brach die latente Krise der PdA der deutschen Schweiz, von der wir in der «Orientierung» Nr. 19 (15. Oktober 1956, S. 212, «Die Krise in der Partei der Arbeit») berichtet haben, offen aus.

Die intellektuelle Führerschaft, die seit den Enthüllungen in Chruschtschews Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 in Moskau zu den «Apparatleuten» in mehr oder weniger offener Opposition stand, trat mit wenigen Ausnahmen geschlossen aus der PdA aus, gefolgt von einigen Funktionären und einer unkontrollierbaren Zahl von Parteimitgliedern.

Die Sektionen Pratteln und Allschwil im Kanton Baselland traten zuerst aus und lösten sich dann auf. In der Stadt Zürich mussten mehrere Sektionen zusammengelegt werden. Die kommunistische «Freie Jugend» von Basel-Stadt brach ihre Beziehungen mit der PdA ab. Die PdA Basel-Stadt verlor so viele Mitglieder, dass Emil Arnold ihre Auflösung sowie die der baselstädtischen Sektion der «Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion» forderte.

Für die Stimmung und Haltung in dieser Oppositionsgruppe sind einige Äusserungen von prominenten Vertretern oder in offiziellen Organen charakteristisch:

- So das Votum von Dr. Fritz Heeb (Präsident der PdA des Kantons Zürich, Redaktor der theoretischen Monatsschrift der PdA «Sozialismus», PdA-Gemeinderat der Stadt Zürich) an der Sitzung des Zürcher Gemeinderates vom 31. Oktober 1956: «In Übereinstimmung mit vielen Mitgliedern der Partei der Arbeit drücke ich vor der Öffentlichkeit meine Empörung über die unglückselige Intervention der

Sowjetarmee in Ungarn aus und die bittere Enttäuschung über eine Politik, die unserer sozialistischen Überzeugung zuwiderläuft.»

- Eine Äusserung im «Basler Jungsozialisten», dem Organ der kommunistischen «Freien Jugend» in Basel, von Anfang November 1956 greift die PdA-Parteileitung an: «Die Erhebung in Ungarn ist berechtigt... die Volksdemokratie hat in Ungarn versagt. Die Verantwortung für das Leiden des ungarischen Volkes tragen die sturen Stalinisten à la Rakosi.» Zu den schweizerischen Verhältnissen wird erklärt: «Es ist in der Tat höchste Zeit, dass Oberhäupter wie Woog, Bodenmann & Co., die seit Jahren stur, unbeweglich, mit einem Auge immer nach Moskau schielen, endlich ihre Konsequenzen ziehen... Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, dass solche Leute, die all diesen düsteren Schauprozessen sowie dem Bürokratenregime jubelten, heute einfach alles versuchen abzustreiten... Für uns FJler gilt es nun, einen neosozialistischen Kurs einzuschlagen. Weg mit den überholten Forderungen wie Diktatur des Proletariats und anderen.» Die kommunistische «Freie Jugend» in Basel beschloss den schon erwähnten Bruch mit der PdA an einer Mitgliederversammlung am 1. November 1956, wobei sie erklärte: «Wir unterstützen die Ideen, welche Emil Arnold vertritt.»

- Emil Arnold, der ja schon Anfang September 1956 aus der PdA austrat (s. «Orientierung» Nr. 19, 1956, S. 214), formulierte in den ersten Tagen des ungarischen Aufstandes in einem Schreiben an persönliche Bekannte gegenüber den Apparatleuten in der PdA seine Auffassung von den Aufgaben der Arbeiterbewegung: «Die PdA ist in der schweizerischen Arbeiterbewegung der schwächste Teil... Wir haben die einheitliche Arbeiterpartei möglich zu machen... Die Diktatur des Proletariats galt im 19. Jahrhundert als Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus... Aber die historischen Bedingungen sind heute ganz andere... Die keine Klassendiktatur erstrebende Arbeiterpartei, die Bündnisse mit anderen sozialen Schichten tätigt, die Antitrust-Parlamentsmehrheiten und neue Regierungen bildet, das Volkseigentum erweitert, die Demokratie regeneriert, gewinnt mehr Vertrauen in neuen Massen. Das ist der Weg des Erfolges und des Sieges. Aber im obersten Apparat der PdA, deutsche Schweiz, gilt die traditionelle gewohnte Scholastik, das Sektierertum. Die jetzige PdA kann nicht die vereinigte und so stärkere Arbeiterpartei schaffen.»

- Ulrich Kägi (langjähriger Präsident der «Freien Jugend der Schweiz», bis Anfang November 1956 PdA-Kantonsrat und Lokalredaktor des «Vorwärts» in Zürich) verurteilt im «Arbeiterwort», Nr. 8, Dezember 1956, in schärfster Weise die Moskauhörigkeit der PdA: «Die PdA wurde immer mehr zu einem blossen Propagandainstrument der sowjetischen Innen- und Aussenpolitik.» Die PdA sei «eine Kompagnie einer von Moskau geleiteten Armee».

So haben die ungarischen Ereignisse eine bereits vorher vorhandene oppositionelle Strömung, vor allem unter den Intellektuellen in der PdA der deutschen Schweiz, rasch dazu geführt, es mit der Führerschicht zum Bruch kommen zu lassen. Die Parteileitung hoffte noch Ende September 1956, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei über die «Entstalinisierung» und die These von «den verschiedenen Wegen zum Sozialismus» im Laufe des Winters zum Ausgleich bringen zu können. Sie setzte den nächsten Parteitag auf den 8. bis 10. Juni 1957 (Pfingsten) fest. Bis dahin hätten die Diskussionen abgeschlossen und die gesamte Partei zu einem einheitlichen Programm über «den schweizerischen Weg zum Sozialismus» gekommen sein sollen. Jetzt ist die Opposition ausgezogen und der Parteitag an Pfingsten kann daran nichts mehr ändern.

Sowjetimperialismus

Als dritter Krisenfaktor ist das «sowjetische Beispiel» in Ungarn zu betrachten. Für die Wirkung der Vorgänge Ende Oktober 1956 in Ungarn auf das Denken und Empfinden der einfachen PdA-Anhänger ist ein Leserbrief an den «Vorwärts» (1. 11. 56) typisch:

«Ohne schwere Missgriffe in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den befreundeten Volksdemokratien ist die ungarische Tragödie gar nicht denkbar. Leider habe ich noch nichts davon gehört, dass die Sowjetunion dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit widmet... Jahrzehntlang haben wir das Aufbauprogramm der Sowjetunion bewundert und konnten erwarten, dass die Entwicklung in den Volksdemokratien den Arbeitern in den bürgerlichen Ländern durch ihr Beispiel die Überlegenheit des Sozialismus verständlich machen würde. Statt dessen ist heute der Gedanke der Volksdemokratie, ja selbst der Volksfront in kaum wiedergutzumachender Weise kompromittiert... Mag es einigen Freunden auch

vermessen erscheinen – ich halte es doch für notwendig, dass die PdA einen dringenden Appell an die KPdSU richtet, die Beziehungen zu den Volkdemokratien einer strengen Prüfung und Korrektur zu unterziehen. Mag die PdA auch eine schwache Partei sein, so hat sie doch in unserem Land im Rahmen des Möglichen genügend Verdienste und das moralische Recht erworben, diesen Schritt zu unternehmen. Ich bin überzeugt, dass Hunderte von Lesern, die jahrzehntlang für Partei, Gewerkschaft, kulturelle und sportliche Organisationen wirkten, die Freizeit, Geld und oft ihr berufliches Fortkommen opferten, um unserer gerechten Sache zu dienen, mir beipflichten werden. Wenn die Furcht der kleinen Nationen vor dem ‚Sowjetimperialismus‘ gebrochen werden soll, dann soll man im Krenl einmal auf unsere Stimme hören.»

Einer eindeutigen Stellungnahme zu den Ereignissen in Ungarn wich die PdA-Parteileitung aus, unter dem Vorwand, «es fehlen uns Unterlagen, um die Wahrheit in dieser Sache zu erkennen» («Vorwärts», 26. 11. 56). Am 20. November hiess es im «Vorwärts», es bestehe nun «die Gefahr, dass unter dem Druck dieser Pogromhetze Kommunisten ein Urteil fällen über die Ereignisse in Ungarn, das nicht auf einer eigenen tiefen Überzeugung und einer marxistischen Analyse der Ereignisse beruht».

So versetzten die Ereignisse in Ungarn, wie ein Vorwärtsartikel vom 28. 12. 56 gesteht, «alle Mitglieder in grosse Gewissenskonflikte. . . Es bestand eine kurze Zeit die Gefahr, dass die Partei als Ganzes dem Ansturm nicht standhalten könne».

Das heutige Bild der PdA

Wenn die PdA als Ganzes von innen heraus in ihrer Existenz bedroht war, kam das weniger von den Verhältnissen in der Westschweiz als von dem gefährlich reduzierten Mitgliederstand in Basel und Zürich.

Westschweiz

In der Westschweiz blieb die PdA-Anhängerschaft ihrer Partei im wesentlichen treu.

Was André Muret an der Generalversammlung des «Parti ouvrier et populaire lausannois» (POP) am 23. Januar 1957 über die Waadtländer Sektion berichtete, gilt ebenso für das «Parti du Travail genevois» (PdT): «Le POP vaudois a résisté avec une fermeté remarquable à la campagne d’hystérie déclenchée contre lui. – Die Partei ging intakt daraus hervor. Sie hat den Schlag ausgehalten, über die Hoffnung der Optimisten hinaus und zur eingestandenen Überraschung ihrer Gegner.» An der Generalversammlung der Lausanner PdA wurde die Kandidatenliste der Partei für Waadtländer Grossratswahlen vom 2./3. März 1957 aufgestellt: Sämtliche bisherigen 10 PdA-Grossräte liessen sich wieder aufstellen und mühelos liessen sich weitere 21 Kandidaten für die Parteiliste bestimmen. Auf ähnliche Weise ist auch die Partei in Genf, Neuenburg und im welschen Teil des Kantons Bern intakt geblieben. Anlässlich der Gemeindewahlen in Biel vom 17./18. November 1955 hielten die 13 PdA-Kandidaten ihre Nomination aufrecht und einer ihrer beiden Vertreter im Grossen Gemeinderat wurde wiedergewählt. Nur drei prominente PdA-Mitglieder und -Funktionäre sind in der Westschweiz aus der Partei ausgetreten: in Genf ein ehemaliger PdA-Sektionspräsident und PdA-Gemeinderat, in Yverdon der Parteipräsident und in Le Locle ein PdA-Generalarat. Die ganze Zeit über wurden die Partei-Versammlungen und die Schulungsarbeit planmässig durchgeführt. Öffentliche Versammlungen und kulturelle Veranstaltungen mussten allerdings unterbleiben.

Warum wurden die westschweizerischen Organisationen und vor allem die Genfer Sektion der PdA nicht, wie die Sektionen in Basel und Zürich, infolge der Ereignisse in Ungarn angeschlagen?

Es gibt dafür zwei parteiinterne Gründe und ein dritter ist wohl im Verhalten der westschweizerischen Öffentlichkeit zu suchen, die durch die ungarischen Ereignisse weniger bewegt wurde als die deutschschweizerische.

In Genf hat man schon im Frühjahr, als die «Entstalinisie-

rung» Beunruhigung in die Parteikreise brachte, die Feststellung gemacht, dass Mitglieder von Lokalsektionen der PdA viel leichter die Partei verlassen als Mitglieder von Fabriks- und Betriebssektionen mit Zellenorganisation. Wo die Mitglieder in Betriebszellen organisiert und so persönlich erfasst und am Arbeitsplatz unter dauernder Kontrolle der Vertrauensleute der Partei blieben, blieben sie auch bei der Partei. Die Zellenobleute orientierten täglich ihre Zellenmitglieder und brachten ihnen die offizielle kommunistische Auffassung der Ereignisse bei. Dank der Betriebszellenorganisation ist die Partei fester zusammengeblieben, weil die Mitglieder in dieser Organisation gegen Einflüsse von ausserhalb der Partei viel mehr «geschützt» sind.

Neben der solideren Organisation – oder vielleicht besser zusammen mit ihr – verfügte die westschweizerische PdA über eine besonders gründliche marxistisch-leninistische Schulung ihrer Aktivisten. Solche gut geschulte Kommunisten reagieren mit einer ganz reflexen «proletarischen Selbstverteidigung», so dass was nicht von der Partei (und einzig von ihr) kommt, auf sie keinen oder wenig Eindruck macht. Für solche immunisierte Kommunisten gilt, dass Kadar und die Sowjets «Ungarn vor dem Faschismus gerettet» haben, mögen auch «schwere und schwerste Fehler auf allen Gebieten» begangen worden sein («Voix Ouvrière», 30. 10. 56).

Dabei war die westschweizerische PdA allerdings durch den im Gegensatz zur deutschen Schweiz weniger fühlbaren Druck seitens der Öffentlichkeit begünstigt. So wurden zum Beispiel Inserate öffentlicher und privater Institutionen und von Firmen für das welsche Parteiorgan, die «Voix Ouvrière», nicht sistiert. Ein anderes Zeichen dafür ist ein von Genfer bürgerlichen Intellektuellen unterzeichneter, Ende Dezember 1956 der Genfer Presse übergebener Appell, in welchem die kommunistischen Mitbürger vor jeglicher Diskriminierung in Schutz genommen werden und die «Intoleranz» gegenüber prosowjetischer Gesinnung als «Verrat an der Sache selbst, für die das ungarische Volk kämpft», bezeichnet wird. Der sozialdemokratische Genfer «Peuple» bringt diesen Appell am 29. Dezember, fügt aber mit Recht hinzu: «Bevor man unseren Mitbürgern Lektionen über Demokratie erteilt, würde man das gescheiter denen gegenüber tun, die im eigenen Machtbereich die Demokratie verweigern und nur die Wahl lassen zwischen blinder und vollständiger Unterwerfung oder Gefängnis und Tod.»

Deutsche Schweiz

In der deutschen Schweiz sind, vor allem fühlbar in Basel und Zürich, infolge der ungarischen Ereignisse der Parteibestand und die Reihen der Kader stark gelichtet und auf längere Zeit die Arbeit in der Öffentlichkeit gestört worden. Zahlen können keine angegeben werden und Namen zu nennen nützt nicht viel.

Aus dem Zürcher Kantonsrat sind die beiden PdA-Vertreter ausgetreten und durch einen Parteisekretär und einen Lückenbüsser ersetzt worden. Aus dem Zürcher Gemeinderat trat einer der beiden PdA-Vertreter zurück, der ebenfalls durch den gleichen Parteisekretär ersetzt wurde, der schon im Kantonsrat seine Partei vertritt. Aus dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt sind von der 16köpfigen PdA-Fraktion zehn Mitglieder ausgetreten. Drei ehemalige PdA-Grossräte gehören jetzt als Parteilose dem Rate an. Für einige Ausgetretene sind Nachfolger eingezogen. Es sind aber immer noch fünf Sitze der PdA vakant.

Bedeutender sind die zahlreichen Austritte prominenter Mitglieder aus der Partei, zumal viele von ihnen bedeutende Stellen in der Partei oder in wichtigen Nebenorganisationen, wie «Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion», «Kultur und Volk», «Schweizerische Bewegung für den Frieden», «Arbeiter- und Bauernhilfe», innehatten. Zürich hat drei Viertel, Basel die Hälfte der kommunistischen Führungsgruppe eingebüsst. Man schätzt gewiss nicht zu hoch, wenn man entsprechende Verluste unter der Gefolgschaft annimmt.

Infolge des katastrophalen Anhängerschwundes und des Absprungs von Kaderleuten ist die Versammlungstätigkeit und Schulungsarbeit gestört. Der Bildungsausschuss hat die Anfang November 1956 jäh gestörte Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Von Versammlungen wird erst eine Informationsversammlung am 30. Januar 1957 in Basel mit einem Referat von Marino Bodenmann über «Rückwirkungen der internationalen Ereignisse» gemeldet («Vorwärts», 8. 2. 57). Infolge der schweren Einbussen in der deutschen Schweiz war auch die PdA-Administration im bisherigen Umfang nicht mehr nötig und wohl auch finanziell nicht mehr möglich. Nach den «Basler Nachrichten» vom 25. Januar 1957 ist der bisherige Parteisekretär in Basel der Reduktion zum Opfer gefallen. Robert Krebs, der Basler Lokalredaktor des «Vorwärts», leitet gleichzeitig das dortige Parteisekretariat, während in Zürich Edwin Burlet als Lokalredaktor und Parteisekretär fungiert. Burlet soll auch die Geschäfte des Generalsekretärs besorgen, so dass Edgar Woog nicht mehr oder noch nicht wieder das Generalsekretariat leitet.

Aus dem täglichen «Vorwärts» ist seit Jahresbeginn eine Wochenzeitung geworden und vom «Sozialismus», der seit vier Jahren bestehenden «Monatsschrift für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung», ist seit Oktober 1956 keine Nummer mehr erschienen. Die «Genossenschaft Literaturvertrieb Zürich» hat ihre Geschäftsstellen in Zürich und Basel noch nicht wieder eröffnet. Das Sekretariat der «Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion» scheint ebenfalls noch geschlossen. «Kultur und Volk» in Basel hat sich noch nicht geregelt, «Kultur und Volk» in Zürich, das im Herbst ein besonders reich gestaltetes Winterprogramm veröffentlicht hatte für seine aufblühende Besucherorganisation, machte einen ersten Versuch wieder am 10. Januar 1957 mit einer Vortragsveranstaltung über das Thema: «Die Lage der Schweiz und Westeuropas zwischen den USA und der UdSSR». Um die «Arbeiter und Bauernhilfe» in Zürich, die noch im November 1956 im «Vorwärts» zu Sammlungen für Hilfsaktionen (auch für Ungarn) aufrief, ist es von Ende November bis Mitte Februar still gewesen. Sie dürfte durch den Parteiaustritt ihres Präsidenten lahmgelegt und zur Suche eines neuen Geschäftsraumes genötigt worden sein. Inzwischen hat sie ihr Büro in Zürich an den Sitz des Parteisekretariates verlegt und durch Einsendungen im «Vorwärts» und der «Voix Ouvrière» zu Sammlungen für die politischen Gefangenen in Griechenland und die «Opfer der ungerechten Hetze gegen links in der Schweiz» aufgerufen.

Die kommunistisch geführte «Schweizerische Bewegung für den Frieden» wurde durch die Ereignisse in Ungarn besonders betroffen. In einem Mitte Dezember 1956 von einer zu dieser Bewegung gehörenden Gruppe in Zürich versandten Zirkular heisst es: «Dass sogar eine Regierung, die immer wieder für Abrüstung und Abschaffung der Militärstützpunkte in fremden Ländern eingetreten ist, selber mit ihrer Armee in die Angelegenheiten eines anderen Staates eingreift und mit Waffengewalt eine vom ganzen Volk verhasste Regierung stützt, bedeutet für alle Friedensfreunde eine besonders schmerzliche Enttäuschung.» Das ist aber nur eine kleine Gruppe, die Leitung der ganzen Bewegung hat sich bislang entgegen den Aufforderungen der bürgerlichen Presse und vaterländischer Organisationen hartnäckig geweigert, sich von der PdA loszusagen, zu den blutigen Ereignissen in Ungarn offiziell Stellung zu nehmen und ihre Organisation aufzulösen. Dagegen hat das der Friedensbewegung auch nahestehende sogenannte Oltener Komitee, welches die beiden Volks-

initiativen «zur Begrenzung der Militärausgaben» und «für soziale Sicherheit und internationale Solidarität» lancierte, nach der Rückzugserklärung von Samuel Chevallier, dem Urheber der Initiativen, am 18. November 1956 mehrheitlich beschlossen, die Initiative zurückzuziehen. In der Erklärung der Zurückziehung wird unter anderem der Grund angegeben, «die geräuschvolle Unterstützung der Initiativen durch die PdA» sei «durch die Haltung der PdA gegenüber den Ereignissen in Ungarn zu einer grossen Belastung» geworden.

Mehrere der abgesprungenen ehemaligen PdA-Mitglieder in Basel und Zürich arbeiten heute mit der «Proletarischen Aktion» zusammen. Diese kleine Gruppe von Trotzlisten besteht schon seit Jahren in der Schweiz und hat ihren Sitz in Zürich, wo ein gewisser Heinrich Buchbinder sie leitet. Die Diskussion in der PdA nach der Geheimrede Chruschtschews im Februar 1956 regte die Aktivität der Gruppe an. In ihrem Monatsorgan «Das Arbeiterwort» vom Dezember 1956 findet man auch Artikel von Emil Arnold und Ulrich Kägi. In Zusammenarbeit mit der «Proletarischen Aktion» unternimmt E. Arnold Anstrengungen, um die abgesprungenen PdA-Mitglieder für seine beim Austritt aus der PdA anfangs September proklamierte «Volkssammlung» zu gewinnen. Offensichtlich auf Initiative Arnolds macht sich die «Proletarische Aktion» an die Industriearbeiter von Basel-Stadt heran. Vor den chemischen Fabriken in Basel wurden bereits Flugblätter verteilt. Dass «kein einziges zerrissenes Flugblatt am Boden bemerkt wurde», nährt die Hoffnung der Initianten, dass die Werktätigen «ihren Weg zum Sozialismus wieder finden werden.» («Das Arbeiterwort», Nr. 8, Dezember 1956).

Der geliebte Kern

Rückblickend müssen wir feststellen, dass die PdA in der Schweiz trotz der Ereignisse in Ungarn nicht untergegangen ist. In der Westschweiz schon gar nicht und auch in der deutschen Schweiz ist, wie der «Vorwärts» vom 28. Dezember 1956 feststellt, «ein guter und starker Kern beisammengeblieben und gewillt, aller Hetze zum Trotz, dem Ansturm der Reaktion standzuhalten». Am 15. Dezember hatte das Blatt geschrieben: «Wir müssen einen Schritt rückwärts gehen, sind aber unerschütterlich überzeugt, nachher wieder vorwärts zu marschieren.» Und noch früher, am 5. Dezember: «Letzten Endes werden die Arbeiter und Bauern den richtigen Weg finden. Es ist aber ausgeschlossen, dass sie ihn ohne kommunistische Partei finden könnten. . . . Die leninistische Partei ist trotz aller Fehler jener Faktor, der den Weg zum Sozialismus weist. . . . die PdA trotz ihrer unermesslichen Schwächen doch jene Organisation, die in ihren Reihen jene Menschen vereinigt, die fähig sind, die leninistische Partei zu fordern.»

Solange die kommunistische Macht Moskaus besteht, werden eine Hauptgefahr für den Westen die Methoden der Sowjetunion bilden, durch Infiltration und Beeinflussung des Denkens und Fühlens der Massen für die Herrschaft des sowjetischen Kommunismus zu arbeiten. Was der Sowjetkommunismus mit der kleinen PdA ausrichten konnte, haben die letzten Jahre der «friedlichen Koexistenz» gezeigt. Können wir sagen, dass sie heute endgültig zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist? Auf jeden Fall gilt die Warnung in einem an jenem furchtbaren 4. November 1956 publizierten Bericht des Zürcher Regierungsrates:

«Die Partei der Arbeit ist eine kommunistische Partei. Sie verneint den in langer Entwicklung gewachsenen demokratischen Staat in seinen Grundzügen. Von Bedeutung sind auch ihre Beziehungen zum Ausland und ihre geistige Abhängigkeit von ausländischen Organisationen. Der Regierungsrat wird daher dieser Partei und ihren Anhängern im öffentlichen Dienst im Rahmen seiner Zuständigkeit die erforderliche Beachtung schenken.» («Neue Zürcher Zeitung», 4. Nov. 1956).

K. St.

Fernsehen, Radio und Staat

Aus Anlass der vieldiskutierten Abstimmung vom 3. März 1957 haben wir Univ.-Prof. Dr. Karl Holzamer von der Universität Mainz, den Vorsitzenden im Rundfunkrat des deutschen Südwestfunks, gebeten, sich zwar nicht direkt zu dieser Abstimmung zu äussern, aber in gebotener Kürze unseren Lesern einige grundsätzliche Hinweise zum Verhältnis Staat und moderne Kulturmittel zu geben, und als eine Art vergleichende Studie die Verhältnisse im Rundfunk- und Fernsehwesen, wie sie in unserem Nachbarland zur Zeit obwalten, zu skizzieren. (D. R.)

Die mit Rundfunk und Fernsehen zusammenhängenden Fragen finden in der Bundesrepublik eine unterschiedliche Beachtung. Soweit es sich um die Regelung der Rechtsform und der Organisation sowie um das Verhältnis zwischen Staat und Rundfunkanstalten handelt, sind zwar die Körperschaften (wie die Kirchen, die Universitäten, die Gewerkschaften usw.) und auch ein Teil der Presse recht aktiv; die öffentliche Meinung in ihrer Breite nimmt dagegen von diesen Fragen kaum Notiz.

Wenn es sich um die Programmgestaltung, die Durchführung bestimmter Sendetypen, die Stellungnahme zu Einzelfragen im Verhältnis zum Hörer und Fernsehzuschauer und etwa um die Ausstrahlung von Werbeprogrammen handelt, dann ist neben den mehr offiziellen Stellen auch die Öffentlichkeit als solche in weit stärkerem Masse ansprechbar.

Nicht genügend begriffen wird jedoch, dass das eine mit dem anderen ursächlich verknüpft ist. Ob nämlich eine Rundfunkanstalt eine Staatsinstitution oder eine privatwirtschaftliche Einrichtung ist oder ob sie als eine eigene Körperschaft des öffentlichen Rechtes eine gewisse Eigenständigkeit und Selbstverwaltung besitzt, ist auch für die Programmgestaltung als solche sehr entscheidend. Ebenso wichtig erscheint aber auch die andere zunächst mehr organisatorisch indifferent erachtete Frage: ob nämlich der Hörrundfunk und das Fernsehen in einer und derselben Hand vereinigt werden sollen oder nicht, genau wie es auch (nach den Erfahrungen in England und in den Vereinigten Staaten) für uns belangvoll erscheint, ob die Werbeprogramme, wenn sie überhaupt veranstaltet werden, unter derselben Kontrolle stehen, unter der auch die Ausstrahlung der sogenannten Kulturprogramme im Hör- und Sehbereich stehen, oder ob man eigene wirtschaftliche Träger mit der Lizenz betraut, Werbeprogramme neben den offiziell werbungsfreien Sendungen von Rundfunk und Fernsehen und in einer gewissen Konkurrenz zu diesen zu betreiben.

Ich möchte daher im folgenden, soweit das im Rahmen eines kleinen Aufsatzes möglich ist, einmal erörtern, wie das Verhältnis des Staates zu den produktiven Kulturleistungen, hier also den Rundfunk- und Fernsehsendungen, grundsätzlich sein sollte, und zum anderen, wie dieses Verhältnis auf dem Gebiete des Rundfunks und Fernsehens in Deutschland zur Zeit praktisch (d. h. einschliesslich etwaiger gesetzlicher Regelungen) gelöst ist. Bei dieser doppelten Darstellung muss ich mich freilich auf gewisse Vereinfachungen sowohl im sozial- und kulturphilosophischen Teil als auch in dem Aufweis der tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik beschränken.

Wenn man (zumal in einem föderativen Staatsgebilde) auch die kulturelle Mannigfaltigkeit, also den Pluralismus, bejaht, dann bezeugt man damit, dass nicht der Staat als Staat Schöpfer der Kultur ist, sondern dass lebendige Menschen, in vielen Fällen auch Persongruppen, die objektiven Werke hervorbringen, die wir zur Kultur rechnen: Dichtung, Musik, Wissenschaften, Bildungs- und Erziehungsformen und so weiter, aber auch das Informationsgut, das sich in allen Publikationseinrichtungen manifestiert.

Gerade in der europäischen Kulturgeschichte gewahren wir weiter deutlich, dass der Staat im engeren Sinne auch nicht als Träger oder doch nicht als alleiniger Träger von Kultur-

institutionen aller Art auftritt und auftreten sollte: Kirchen, Universitäten, Stiftungen, Vereinigungen, Körperschaften, private Mäzene und Erwerbsunternehmungen werden oft als hervorragende Kulturträger genannt werden müssen, besonders weil die Qualität der Leistung durch den kulturellen Wettbewerb mehrerer Träger nebeneinander eher verbürgt ist, als wenn nur der Staat, und einzig er, diese Aufgabe übernimmt. Es ist ein Kennzeichen totalitärer Staats- und Gesellschaftsauffassung, nur einen Schöpfer und nur einen Träger der sozialen und kulturellen Leistung anzuerkennen.

Der Pluralismus von Gesellschaften innerhalb einer demokratischen Lebensordnung fordert den kulturellen Pluralismus, bei dem der Staat seine eigentliche Lebensfunktion, die Wahrung des Gemeinwohls, ungeschmälert und unverkürzt behält, beziehungsweise zurückerhält: durch Gesetz und Aufsicht auszugleichen, zu koordinieren und zu schützen.

Um an einem Beispiel deutlich zu machen, was wir meinen: Es wäre verfehlt, wollte der Staat etwa als einziger Träger von Konzert und Theater auftreten, selbst wenn dadurch Schauspieler und Musiker in gut dotierten Dauerpositionen wären. Dieser staatliche Monopolcharakter macht nämlich einerseits den Ausübenden zum «Kulturbeamten» und weist dem Staat eine kulturschöpferische Aufgabe zu, die den Dichter und Komponisten – wie Beispiele lehren – zum politischen «Kulturfunktionär» erniedrigen und entleeren. So sehr ein Staatstheater, das künstlerisch und auch in den freien und damit geistigen Wettbewerb des Theaterlebens eingefügt ist, bestehen kann und soll, so sehr wäre eine einseitige Bevorzugung zu Lasten anderer Bühnen der Beginn des Kulturtotalitarismus.

Wenn wir diese föderative Kulturauffassung auf das Kultur- und Publikationsmittel Rundfunk und Fernsehen anwenden, so ergibt sich berechtigterweise die Forderung, dass der Staat zwar im vollen Umfang die Gesetzgebung über ein solches Monopolinstrument ausüben muss, dass er weiter auch die letzte oberste Aufsichtspflicht im Sinne des Gemeinwohls (d. h. der Verfassung und der Gesetze) gegenüber diesem allen zugänglichen Kulturmittel besitzt, dass er aber diese Kontrolle und konkrete Programmüberwachung den Körperschaften und Institutionen mitüberlassen sollte, die auch auf diesem Bereich an der Hervorbringung und Gestaltung personell und schöpferisch beteiligt sind.

2

Soweit, in der gebotenen Kürze, die grundsätzliche Seite der Sache. – Die Rechtsform und Organisation des deutschen Rundfunks und Fernsehens, die beide zusammen in den gleichen Anstalten «beheimatet» sind, tragen in der Entwicklung nach dem Zusammenbruch 1945 diesen rechts- und staatsphilosophischen Gesichtspunkten weithin Rechnung. Nach der Überwindung der Tendenzen, wie sie unter dem Nationalsozialismus in der zentralisierten und weithin etatisierten Reichsrundfunkgesellschaft ausgeprägt waren, fand man in den Jahren nach 1945 – darin wesentlich von den westlichen Besatzungsmächten unterstützt – eine neue Form, die der deutschen föderativen Kulturtradition entsprach. Die jetzt (mit dem Saarländischen Rundfunk) neun Rundfunkgesellschaften sind alle «Anstalten des öffentlichen Rechts», die sowohl den Hörrundfunk als auch das Fernsehen praktizieren und die sich alle zu einer Arbeitsgemeinschaft auf Bundesebene zusammengeschlossen haben. Rundfunk und Fernsehen sind im Besitz der Öffentlichkeit und keine privaten oder kommerziellen Institutionen. Auch der Werbefunk, den mehrere Anstalten ausstrahlen, und das Werbefernsehen des Bayerischen Rundfunks werden von diesen «Anstalten öffentlichen Rechts» getragen. (Es läuft zwar gegen den Bayerischen Rundfunk ein Prozess mit dem Ziel, der «Anstalt öffentlichen Rechts» die Ausstrahlung von Werbesendungen zu untersagen. Die Rundfunkan-

stalten sind jedoch, gestützt auf die ihnen zugrundeliegenden Gesetze, einhellig der Auffassung, dass ihnen dieses Recht zusteht, und dass, ungeachtet der rechtlichen Situation, ein unabhängig neben dem Kulturprogramm ausgestrahltes Werbe-programm, sofern dies der Bund lizenzierte, eine Gefahr für die Qualität darstelle, wie sie sich in der Zweigleisigkeit des Systems des britischen Fernsehens und des danebenbestehenden Werbefernsehens bereits entfalte.)

Die Kontrolle dieser «Anstalten öffentlichen Rechts» übt der Staat (durch die Länder) nicht direkt und nicht allein aus; es sind vielmehr «Rundfunkräte» und «Verwaltungs-räte» gebildet, in denen neben den Parlamentariern und Regierungsvertretern die Institutionen der freien Gesellschaft (also Kirchen, Universitäten, Gewerkschaften, Kammern, Presse, Erzieher usw.) mehrheitlich vertreten sind. Aufgabe dieser Gremien ist die Wahl der Intendanten und Direktoren, die Genehmigung des Haushalts, die Programmberatung und wirtschaftliche Mitüberwachung. Man hat also eine im Prinzip glückliche Mittelform zwischen einer Staatsver-anstaltung und einer rein privatwirtschaftlichen Unternehmung gefunden.

Noch nicht gelöst ist allerdings in der Bundesrepublik eine Frage, wie weit der Bund als Bund seine Rundfunk- und Fernsehkompetenzen gesetzlich konkretisiert. Im Gegensatz zur Schweizer Bundesverfassung unterstellt das Grundgesetz der Bundesrepublik eindeutig nur die technische Seite des Funkwesens (also die Sender- und Empfängerlizenz und alles, was damit zusammenhängt) der Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Um nun aber auch die «auswärtigen Beziehungen»

und manches andere, was zu den Staatsaufgaben des Bundes – und nicht der Länder – gehört, in eine mit dem Rundfunk und Fernsehen kompaktible Form zu bringen, bemüht man sich schon seit Jahren sei es um ein Bundesgesetz, sei es um einen Bund-Länder-Staatsvertrag, um diese gesetzlich und zum Teil auch praktisch unerledigten Rundfunk- und Fernsehfragen endlich befriedigend zu klären: Deutsche Kurzwelle, Langwelle, Gemeinschaftsteil des deutschen Fernsehens, Gebüh-reneinzug, Finanzausgleich zwischen den Landesrundfunk-anstalten u. a. m. Es ist noch nicht abzusehen, in welcher Form und wann diese von der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Rundfunkanstalten allein nicht zu bewältigenden (und ihrer rechtlichen Kompetenz auch nicht zustehenden) Aufgaben rechtlich gelöst werden.

Eines scheint mir allerdings festzustehen, dass man auch dabei die Zusammengehörigkeit von Rundfunk und Fernsehen in einer Institution und unter einer von den politischen und kulturell-sozialen Körperschaften getragenen Kontrolle (wegen der Monopolstellung von Rundfunk und Fernsehen) beibehalten und festigen wird. – Das scheint mir auch der aus der Natur des Rechtes von Staat und Gesellschaft, aus der Natur der Sache und aus der kulturellen Verantwortung gegenüber Hörer und Fernsehzuschauer richtige Weg zu sein. Denn diese grosse neue Macht mit den Mitteln der Ätherwellen muss im Sinne der menschlichen Freiheit, die an eine letztgültige Ordnung verpflichtet ist, eine wirkliche Einordnung in unsere Gesellschaft vollziehen, damit die Flut der Töne und Bilder nicht zum Unsegen der Menschen, sondern zu ihrem Heil in die Welt gehen kann. Prof. Dr. Karl Holzamer

Sechs Tage, die Polen – und die Welt erschütterten

Vorgeschichte

Im Laufe des Monats August des Jahres 1956 hat sich innerhalb des Ostblocks immer klarer ein Riß abgezeichnet, der seine letzte Ursache im Ringen zweier Strömungen innerhalb des Führerkollektivs im Kreml hatte.

Die eine, geführt von *Chruschtschew*, wollte es weiterhin mit der Ko-Existenz versuchen und dadurch im Westen möglichst viel Anhänger bei der nichtkommunistischen Linken, mitunter auch in liberalen, ja in konservativen Kreisen gewinnen, das wiederhergestellte gute Einvernehmen mit Tito pflegen und in den Satellitenstaaten dort, wo Titoisten offenkundig die grösseren Sympathien beim kommunistischen Parteivolk genossen, derlei Häretiker in Gnaden aufnehmen, wenn sie nur Bürgschaft für ihre nunmehrige Freundschaft boten.

Die andere Richtung, voran *Molotow*, hatte nur während kurzer Frist den Groll gegen den jugoslawischen Diktator bezähmt; sie sann auf Rache, misstraute dem ohne Reue triumphierend heimgekehrten verlorenen Sohn und trachtete in allen Volksdemokratien soviel von den echten Stalinisten am Ruder zu erhalten, wie es anging; jedenfalls die straffen Zügel gegenüber den Satelliten nicht zu lockern. Den bekanntesten und folgenschwersten Ausdruck dieses schärferen Kurses, der sich gegen Chruschtschew mit Hilfe einiger Sowjetmarschälle durchsetzte, brachte zu Herbstbeginn das bekannte Rundschreiben der KPSS an die Bruderparteien, darin vor Tito gewarnt und dessen Weg zum Sozialismus, ob auch verkläuselt, abgelehnt wurde.

Titos Einfluss in Polen

Der in allen politischen Schachzügen wohlverfahrene jugoslawische Staatspräsident beantwortete die gegen ihn ansetzende Offensive der Stalinisten damit, dass er umso engere Verbindung mit allen jenen volksdemokratischen Kommunistenführern pflegte, die, gleich ihm, nach Selbständigkeit verlangten und die zwar nicht daran dachten, ihre leninistische Weltanschauung zu verleugnen, doch vom Moskauer Gängelband, das so oft zum würgenden Halsband wurde, übergenuß hatten und die

zudem, angesichts der sich rapid verschlimmernden Wirtschaftslage wie der gespannten internationalen Situation, Zusammenarbeit mit der nichtkommunistischen Mehrheit ihrer eigenen Länder anstrebten. Dabei stieß Tito vor allem in Polen und in Ungarn auf bereitwillige Partner.

Der Kontakt zwischen Belgrad und Warschau war seit dem Sommer immer enger geworden. Besuche und Gegenbesuche von Wirtschaftsleuten, Journalisten, Gewerkschaftern, Parlamentariern waren keineswegs Akte leerer Höflichkeit; sie führten zu konkreten Ergebnissen, als deren wichtigstes der polnische Entschluss anzusehen ist, nach den schmerzlichen Posener Erfahrungen vom 28. Juni *das jugoslawische Beispiel bei der Organisation verstaatlichter Unternehmen der Industrie und der Landwirtschaft zu befolgen, also die grösseren Betriebe selbständig zu machen, zwischen ihnen freie Konkurrenz zu gestatten, Leitung und Belegschaft am Ertrag zu beteiligen und den Arbeitern durch gewählte Räte Mitsprache bei der Gestaltung der Produktion zu gewähren.*

Es scheint ferner, dass Tito die polnischen Parteikreise, die den Kampf um die Selbständigkeit gegenüber dem Kreml und gegen die einheimischen Stalinisten führten, also sowohl die Gruppe Cyrankiewicz-Rapacki-Gierek als auch die erst vor kurzem völlig rehabilitierte «nationalkommunistische» Gefolgschaft Gomulka – Spychalski, Kliszko, Loga-Sowinski, Wl. Bienkowski – samt ihrem Oberhaupt ermutigte und, nicht nur moralisch, unterstützte. Das kam vor allem auf dem Umweg über den Fernen Osten zur Geltung. Der jugoslawische Marschall geniesst bei seinen asiatischen Parteigenossen und in den neutralen Ländern des grössten Kontinents besonderes Ansehen. Mao Tse-Tung, Nehru und Sökarno schätzen ihn sehr. Aus Belgrad gelangten nun nach Peking mannigfache Anregungen, den dort vorbereiteten Parteikongress dazu zu benützen, den Abordnungen aus den Volksdemokratien den Rücken gegenüber dem Kreml zu stärken und im Bereich der kommunistischen Welt dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten und dem der Wahrung eigener nationaler Besonderheiten nicht nur theoretische, sondern auch praktische Geltung zu verschaffen. Für Polen hatte das die wichtige Folge, dass der Leiter seiner Delegation, Erster Parteisekretär *Ochab*, der ursprünglich ein von Chruschtschew eingesetzter Stalinist gewesen war, ins Schwanken geriet und schliesslich zur Zusammenarbeit mit Cyrankiewicz, vielleicht auch schon mit Gomulka, bewogen wurde.

Als der Neubekehrte nach Polen zurückkehrte, hatte sich dort die Lage bedrohlich verschlimmert. Die Unzufriedenheit der Arbeiter wuchs im gleichen Masse wie die Produktion abnahm. Chruschtschews Jugoslawienfahrt und die ihr folgende Krimreise Titos erweiterten die Kluft zwischen Moskau und Belgrad. Der jugoslawische Staatschef, ohnedies mit dem russischen Terrain glänzend vertraut, gewann tiefen Einblick in die sowjetischen Zwistigkeiten – Chruschtschew gegen Molotow, Armeeführer gegen Koexistenz-Politiker –; Bericht davon nahm den Weg nach Warschau, wo man gleichzeitig die Ausläufer des russischen Erdbebens verspürte. Denn auch an der Weichsel gerieten die Harten und die Weichen immer heftiger aneinander. Während der ersten Oktoberhälfte wurde die Agitation in den Fabriken, an den Hochschulen, im Offizierskorps immer lebhafter. Ganz deutlich handelte es sich nicht mehr, wie zuvor, um eine Auseinandersetzung zwischen Cyrankiewicz und den Intellektuellen einerseits, Zenon Nowak, Mazur, Klosiewicz, Witaszewski anderseits, sondern, um eine altrömische Formel zu gebrauchen: *res ad triarios venit, die eigentlichen Gegenspieler traten hervor, Gomulka und Rokossowski*. Zwei miteinander unvereinbare Formeln, zwei kontradiktorisch einander entgegengesetzte Menschentypen lagen im Widerstreit.

Gomulka – Rokossowski

Durch eine grausame Ironie der Weltgeschichte war Gomulka, der intellektualisierte Arbeitersohn, zum Vorkämpfer des nationalen Gedankens, war der einstige fanatische Agitator zum staatsmännischen, versöhnlichen Vertreter einer Politik der Umsicht und Einsicht geworden, während Rokossowski, dem einen Proletarierspross mimenden Nachfahren polnischen Uradels und schneidigen Reiter, der einst als Komplize Tuchačevskijs in Stalins Gefängnissen geschmachtet hatte, die undankbare Rolle eines russischen Satrapen in seiner Vaterheimat zufiel.

Seit die polnischen Antistalinen erkannt hatten, dass mit Rokossowski nichts anzufangen sei, bemühten sie sich, einen geeigneten hohen Militär herauszufinden, den sie dem Marschall gegenüberstellen konnten. Man dachte an General Berling, der die auf sowjetischer Seite fechtende Kosciuszko-Division im Zweiten Weltkrieg befehligt hatte und später während der Ära Bierut-Minc-Berman auf einem bedeutungslosen Posten dahingevegetierte. Doch Berling kam sofort nicht mehr in Betracht, als sich die Rückkehr Gomulkas als einzige mögliche Eventualität gegenüber der andern, einem orthodox-moskowitzischen System unter Rokossowskis Fittichen, abzeichnete. Neben Gomulka war nur *Spychalski* als Gebieter über die Wehrmacht denkbar; er, der damals, da sein Freund und Meister faktisch die Regierung leitete, ebenso anstelle der aufgeblasenen Null, des Marschalls Rola-Zymierski, das Verteidigungsministerium leitete, wie Gomulka statt Osobka-Morawskis die Politik und die Verwaltung. Rokossowski erkannte die ganze Gefährlichkeit der Lage für sich, für seine engern Gesinnungsgenossen und für die sowjetische absolute Oberherrschaft. Er wäre trotzdem vielleicht nicht zum Äussersten geschritten – denn dieser begabte, vom Glück scheinbar so begünstigte Lebermann war im Grunde eine Hamletnatur, ein Zweifler und Zauderer, auf dem sein Verhalten gegenüber dem Warschauer Aufstand vom August 1944 schwer lastete und der sicher ein neuerliches Vorgehen wider seine, ihm entfremdeten, Landsleute nicht leicht nahm – und hätte wohl gezögert, wäre nicht hinter ihm sein und des polnischen Heeres böser Geist, der allverhasste *Witaszewski* gestanden, Vizeminister und Leiter der politischen Erziehung der Wehrmacht, ehemaliger Arbeiter, Feind der Intellektuellen, Anbeter der nackten Gewalt. Dieser hatte den widerspenstigen Geistigen mit den «Gasröhren» gedroht, mit den Verderben speienden Panzern; er scheint die treibende Kraft des Planes eines Militärputsches gewesen zu sein, der aus Anlass der für den 19. Oktober einberufenen Sitzung des Zentral-Komitees der PZPR, der herrschenden marxistischen Einheitspartei, der «Demokratisierung» ein Ende machen sollte.

In Polen garnisonieren, nach Moskauer Lesart auf Grund des Potsdamer Abkommens vom August 1945 und des Warschauer Pakts vom Mai 1955, eine Anzahl sowjetischer Divisionen. Deren Hauptquartier ist Liegnitz; ihre offizielle Aufgabe besteht in der Sicherung der Verbindungen zwischen den Besatzungstruppen in der DDR und dem russischen Hinterland. So nebenbei aber müssen sie durch ihre Anwesenheit in Polen einen Druck auf dieses Land ausüben. Diese Mission trat jetzt mit aller Deutlichkeit hervor. Die lieben Gäste, deren Verweilen man der Bevölkerung durch den Hinweis erklärte, sie hülften mit, die Oder-Neisse-Grenze zu schützen, wurden zu Ma-

növern in Richtung auf Lodz und Warschau in Bewegung gesetzt. Zugleich veranstaltete auch Rokossowski mit ihm zuverlässig scheinenden polnischen Heereseinheiten ähnliche Übungen im Vorfeld der Hauptstadt. Es wurden ferner sowjetische Streitkräfte aus Deutschland in der Gegend von Prenzlau, Frankfurt a. Oder und Görlitz, dann in Weissrussland zusammengezogen.

Die Stalinisten im Angriff

Im Vertrauen auf den Rückhalt an einer eindrucksvollen bewaffneten Macht ergingen sich die Anhänger des scharfen, moskauhörigen Kurses, die «Männer von Natolin», in immer deutlicheren Drohungen. Einer dieser Miniatur-Stalins, *Mazur*, damals noch Mitglied des Politbüros, verwahrte sich öffentlich gegen die Behauptung, die PZPR handle unter dem Druck der Massen. Er und seinesgleichen huldigten ja der Ansicht (die klar auszusprechen bis vor kurzem niemand gewagt hatte), dass die Parteiführung «ein Kollektivdiktator sei, ein Gendarm, ... ein Gott, der in sich die immanente und volle Weisheit verkörpert, der unablässig die Massen belehrt, sie aber eigentlich verachtet, ein unantastbares und heiliges Tabu, das aus nur ihm bewussten Beweggründen wirkt».

Dennoch wussten ausländische Beobachter wie die urteilsfähigen Polen, dass eben diese Parteileitung seit etwa zwei Jahren Schritt für Schritt, nur «unter dem Druck der Massen» zögernd, im Tempo der Echternacher Springprozession Zugeständnisse gewährt und Personalveränderungen vorgenommen hatte. Man jagte einen Sündenbock nach dem andern in die Wüste, der Reihe nach den Polizeigewaltigen Radkiewicz, die graue Eminenz Bierut, Berman, und zuletzt den Wirtschaftslenker Minc. Die am Ruder Verbleibenden hofften dadurch sich selbst zu retten, die Wogen des Volkszorns zu besänftigen; entweder ohne Wesentliches ihrer Anschauungen preiszugeben, wie Zenon Nowak, der vorgenannte Mazur, Jozwiak, Witaszewski, Klosiewicz, oder indem sie geschickt eine Wendung vollzogen, im Einklang mit einer nur zeitweilig und notgedrungen verhehlten besseren Überzeugung, wie Cyrankiewicz und Rapacki, oder mit kühner Schwenkung, wie Ochab und schon vorher Zawadzki, später Zambrowski.

Die «Harten» glaubten indessen, es sei nun genug der Nachgiebigkeit. Sie wollten jetzt, auf der Tagung des Zentral-Komitees, den Hebel zurückdrehen und den Massen einerseits den Herrn zeigen, andererseits sie mit freigebigen, unhaltbaren Versprechungen abspesen. Dabei sind zwei Momente nicht zu vergessen. Bei den polnischen Stalinisten waltete ein gründlicher Hass gegen die Intellektuellen, vor allem gegen die Schriftsteller und Journalisten, denen man nicht ohne Fug das Drängen nach Freiheit und nationaler Selbständigkeit, die «Verhetzung» der sonst, wie die Natoliner meinten, so fügsamen Massen anlastete. Dem gesellten sich antisemitische Gefühle zu. Obzwar die drei Juden des Politbüros – Minc, Berman, Zambrowski – ursprünglich als besonders eifrige Bolschewiken galten, sahen die Literatenfeinde vor allem auf die semitischen Dichter und Publizisten, die als Bourgeoisprossen, verkappte Liberale und Westler, als Individualisten und halbe Anarchisten verdächtigt wurden.

Piasecki, der Funke am Pulverfass

Es war kein Wunder, dass ein Mann, der an und für sich als einstiger Faschist, als führender katholischer Kollaborant aus der «Pax-Gruppe», als Szlachcic und als Literat den intellektfeindlichen Kommunistenoberhäuptern abscheulich sein musste, durch einen Aufsehen erregenden Artikel gewissermassen das Zeichen zum Beginn des grossen Zeitgeschichtsdramas gab. *Boleslaw Piasecki* schrieb unter dem Titel «Der Staatsinstinkt» folgende Sätze, die sofort von denen, die davon und darüber betroffen waren, richtig verstanden wurden:

«Intellektuelle Anarchie offenbart sich im Darstellen der Vergangenheit Volkspolens als einer Reihe von Verrat und Misserfolgen, während es handgreifliche Wahrheit ist, dass diese Geschichte sich aus überwiegenden grossen Errungenschaften über grosse und moralisch unzulässige Fehler zusammensetzt. . . Wenn wir die Erörterung (darüber) nicht im Rahmen des Verantwortungsgefühls halten können, dann beschwören wir statt einer Demokratisierung das notwendige brutale Verwirklichen der Staatsraison herauf, unter Begleitumständen, die dem Ausrufen des Standrechts ähneln.»

Zyryll Boldirev

z. Teil folgt.

scheideneren Ziel als im Urchristentum: nicht «Einheit der Kirche», sondern «Zusammengehörigkeit der Christen».

Einverstanden bin ich mit Ihnen auch, wenn Sie vorschlagen, im lokalen Raum zu beginnen (aber doch nicht nur unter dem Motto «Liebestätigkeit», sondern «Zu-

sammengehörigkeit»!). Ich möchte freilich, dass gleichzeitig an möglichst vielen Orten der Christenheit eine solche Kollekte eingeführt würde, damit dann vielleicht doch einmal eine wirklich ökumenische Institution daraus würde. M. B.

Bücher

Archives de Philosophie. Recherche et documentation. Revue trimestrielle publiée avec le concours du Centre National de la recherche scientifique. Janvier - Mars 1957. Tome XX (nouvelle série).

Mit dem vorliegenden ersten Heft des Jahres 1957 geben sich die «Archives» nun definitiv als vierteljährlich erscheinende Zeitschrift. So ist der beginnende 20. Band zugleich der erste einer neuen Reihe. Es kommt in dieser Ankündigung zum Ausdruck, dass eine schwierige Periode, die mit dem Kriege begann, überwunden ist, und fortan diese wichtige Stimme im philosophischen Gespräch der Gegenwart regelmässig zu hören sein wird. Dieses Ereignis ist zu begrüssen, handelt es sich doch bei den «Archives» um das repräsentative Organ der französischen Jesuitenpatres im philosophischen Raum, dem wir in der Zwischenkriegszeit manch wichtigen Beitrag verdankten. Forschung und Information, Neubearbeitung des Überkommenen und Konfrontation mit den heutigen geistigen Strö-

mungen: das ist das Programm, das die Gründer der zwanziger Jahre ihrer Zeitschrift mitgaben. Dieser Charakter kommt im vorliegenden Heft wieder zum Ausdruck.

Zum Beweis mag es hier genügen, auf das Inhaltsverzeichnis hinzuweisen: C. d'Armagnac, «Philosophie de la nature et méthode chez le Père Teilhard de Chardin» - E. Wolff, «La théorie de la mémoire chez Bergson» - G. Ducoin, «Saint Thomas commentateur d'Aristote» - Bulletin de l'actualité philosophique: «Les principaux courants de la philosophie japonaise contemporaine». Neun ausführliche Rezensionen philosophischer Neuerscheinungen ergänzen das Bild, das sich bereits in diesem ersten Heft von der «Nouvelle série» abzeichnet. Es berechtigt um so mehr zu Hoffnungen, als die für das nächste Schuljahr angekündigte Zusammenlegung der beiden philosophischen Hochschulen des Ordens in Frankreich zweifellos Zeit und Kräfte für die «Archives» freimachen wird. Ba.

Eingesandte Bücher

(Besprechung für ausdrücklich verlangte Bücher vorbehalten)

Grillmeier A., SJ: Der Logos am Kreuz. Max Hueber-Verlag, München, 1956. 151 S. Leinen DM 12.80.

Hasenfuss Josef: Herman Schell als existenzieller Denker und Theologe. Zum 50. Todestag. Echter-Verlag, Würzburg, 1956. Schweiz. Alleinauslieferung: Christiana-Verlag, Zürich 52. 328 S. Leinen Fr. 27.35.

Heer Friedrich: Koexistenz - Zusammenarbeit - Widerstand. Grundfragen europäischer und christlicher Einigung. Max Niehans-Verlag, Zürich, 1956. 185 S. Leinen.

Historia Mundi, Band IV: Römischer Weltreich und Christentum. A. Francke-Verlag, Bern, 1956. 611 S. Fr. 30.85. Subskriptionspreis Fr. 26.95.

Hoefeld Friedrich: Der christliche Existentialismus Gabriel Marcel's. Zwingli-Verlag, Zürich, 1956. 174 S. Fr. 14.50.

Hophan Otto: Die Engel. Verlag Räber & Cie., Luzern, 1956. 367 S. Leinen Fr. 22.80.

Horatzuk Michael: Hier lacht der Aszet. Verlag Herold, Wien, 1956. 148 S. Leinen Sch. 46.—, brosch. Sch. 32.—.

Hünemann Wilhelm: Wir haben seine Herrlichkeit gesehen. Ein Leben Jesu. Tyrolia-Verlag, Innsbruck, 1956. 473 S., 2 Karten. Leinen Fr. 18.—.

Jansen Fons: Liebe. Auf der Suche nach einer christlichen Geisteshaltung vor und in der Ehe. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 1956. 204 S. Leinen Fr. 7.60.

Jenni Dr. Ernst: Die politischen Voraussagen der Propheten. Zwingli-Verlag, Zürich, 1956. 118 S. Kart. Fr. 14.50.

Johann Georg Hamanns Hauptschriften erklärt. Band 1: Die Hamann-Forschung. Carl Bertelsmann-Verlag, Gütersloh, 1956. 184 S. Leinen DM 23.—.

Karrer Otto: Das Reich Gottes heute. Verlag Ars sacra Josef Müller, München, 1956. 384 S. Brosch. Fr. 11.—.

Karrer Otto: Zum ewigen Du. Sammlung Sigma. Verlag Ars sacra Josef Müller, München, 1956. 24 S., jap. geb., zweifarb. Text auf weissem Bütten. Fr. 2.90.

Kunstkalender für das Jahr 1957. Moderne religiöse Kunst. F. H. Kerle-Verlag, Heidelberg, 1956. Preis DM 5.80.

König Franz: Religionswissenschaftliches Wörterbuch. Die Grundbegriffe. Verlag Herder, Freiburg i. Br., 1956. 955 Seiten, mit 4 Religionskarten. Leinen.

«Kreuzring-Kalender 1957.» Johann Josef Zimmer-Verlag, Trier, 1956.

Lais Hermann: Probleme einer zeitgemässen Apologetik. Seelsorger-Verlag im Verlag Herder, Wien, 232 Seiten. Leinen Fr. 11.20.

Ledit Joseph: Die Front der Laien. Revolution in Mexiko. Verlag Herold, Wien, 1956. 296 S. Halbl. Sch. 64.—.

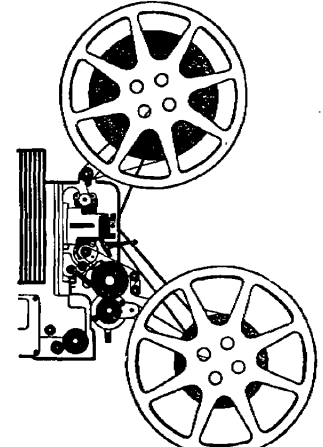
Lelotte F.: Heimkehr zur Kirche. Konvertiten des 20. Jahrhunderts. Band I. Rex-Verlag, Luzern, 1956. 258 S. Kart. Fr. 10.50, Ganzleinen Fr. 12.80.

Lenz Pater: Christus in Dachau. Priestererlebnisse im KZ. Buchversand «Libri Catholici», Wien XX, 1956. 423 S. mit 92 Bildern.

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich 2, Scheideggstrasse 45, Tel. (051) 27 26 10/11.

Abonnement- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 2, Scheideggstrasse 45, Tel. (051) 27 26 10, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Jährl. Fr. 12.—; halbjährl. Fr. 6.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. - Belgien-Luxemburg: Jährl. bfr. 170.—. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Société Belge de Banque S.A., Bruxelles, C. C. P. No. 218 505 - Deutschland: Vertrieb und Anzeigen, Verlagsanstalt Benziger & Co. AG., Köln, Martenstr. 20, Postcheckk. Köln 8369. Jährl. DM 12.—; halbjährl. DM 6.—. Abbestellungen nur zulässig zum Schluss eines Kalenderjahres, spätestens ein Monat vor dessen Ablauf. - Dänemark: Jährl. Kr. 22.—. Einzahlungen an P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. - Frankreich: Jährl. ffr. 680.—. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Crédit Commercial de France, Paris, Compte Chèques Postaux 1065, mit Vermerk: Compte attente 644.270. - Italien-Vatikan: Jährl. Lire 1800.—. Einzahlungen auf c/c 1/14444 Collegio Germanico-Ungarico, Via S. Nicolò da Tolentino, 13, Roma. - Oesterreich: Auslieferung, Verwaltung und Anzeigenannahme Verlagsanstalt Tyrolia AG., Innsbruck, Maximilianstrasse 9, Postcheckkonto Nr. 128.571 (Redaktionsmitarbeiter, für Oesterreich Prof. Hugo Röhner), Jährl. Sch. 46.—. USA: Jährl. \$ 3.—.



Höchste Leistung!
 Gut stehendes Bild
 kein Flimmern
 Regulierbare Tonoptik
 für Schwarzweiss
 und Farbfilm

Niedriger Preis!
 Durch Direktverkauf
 ab Generalvertretung:

**R. Bader, Alpenstr. 49
 Dübendorf
 Tel. (051) 96 69 95**

Ducati Kinoprojektor
 für 16 mm
 Ton- und Stummfilm